

Nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

9 2S 21395E

München, September 1970

Einzelpreis 0,75 DM

X. Jahrgang

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus — diese Redensart drängt sich auf, wenn man die Reaktion der Unternehmensverbände und der gesamten bürgerlichen Presse, aber auch der Bundesregierung, zu den Lohnforderungen der IG Metall beobachtet. Es kann dabei nicht überraschen, daß von den Gewerkschaftsgegnern die abgestandenen Argumente, wie die Behauptung, die gewerkschaftliche Lohnpolitik setze die Lohn-Preis-Spirale in Gang und untergrabe die Währung, wieder ans Licht gezerrt werden. Dabei zeigen die wirtschaftlichen Daten eindeutig, daß die Profitexplosion der Konzerne und Monopole, daß die ungehemmte Profitsucht und das Preisdiktat der Unternehmer neben den steigenden Rüstungskosten, die Fehlinvestitionen und der von Jahr zu Jahr steigende Kapitalexport die tatsächlichen Ursachen der inflationären Entwicklung sind.

Die Maßnahmen, die die Bundesregierung eingeleitet hat, um den Kaufkraftverfall aufzuhalten, gehen allein zu Lasten der Lohn- und Gehaltsempfänger, deren Einkommen durch die Preisentwicklung, besonders durch die wucherischen Mieterhöhungen, sowie durch die Lohnsteuervorauszahlung im gleichen Maße zurückgeht wie die Profite der Unternehmer wachsen. Es ist eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit, wenn immer wieder die gewerkschaftliche Lohnpolitik für Preissteigerungen verantwortlich gemacht wird. Bis Ende Mai 1970 haben die abgeschlossenen Tarifverträge rund 34 Prozent der Arbeiter und Angestellten eine reale Lohnerhöhung von 6,5 Prozent eingebracht, während die Profitquote der Unternehmer im Jahres-

Harte Kämpfe für Lohn gegen Wucher

wirtschaftsbericht der Bundesregierung für 1970 mit 9 Prozent geschätzt worden ist, wobei heute schon vorzusehen ist, daß sie im allgemeinen weit darüber hinausgehen wird.

Der Hauptvorstand der IG Metall hat der jetzt begonnenen Lohnbewegung durch seinen Beschluß, nicht in zentralen, sondern bezirklichen Lohnverhandlungen die neuen Tarife abzuschließen und damit die lohnpolitische Aktivität an die Basis zu verlegen, einen guten Start verschafft. So sind die besten Voraussetzungen gegeben, die Forderungen der IG Metall — Erhöhung der Löhne um 15 Prozent und tarifliche Absicherung eines Teiles der Effektivlöhne — durchzusetzen. Es ist durchaus anzunehmen, daß es zu harten Lohnkämpfen kommen wird, aber die Kollegen in den Betrieben sind darauf eingestellt. Es liegt in ihrem Interesse, dafür zu sorgen, daß der Abschluß neuer Tarifverträge nicht unter der Forderung von 15 Prozent liegt.

Die gemeinsame Front von Unternehmerverbänden, bürgerlicher Presse und Bundesregierung gegen die Lohnforderung der IG Metall läßt die enge Verflechtung von Wirtschaftsmacht und Staatsmacht deutlich werden. Die sozialen Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern können auf die Dauer nur erfolgreich sein, wenn sie gleichzeitig verbunden sind mit dem Kampf um eine Veränderung der politischen Machtverhältnisse. Von dieser Realität müssen die Gewerkschaften bei den kommenden sozialen Kämpfen ausgehen.

| | |
|--|----|
| Der Vertrag Moskau—Bonn . . . | 2 |
| ■ Metall-Lohnkampf hat begonnen | 4 |
| Die wichtigsten Forderungen . . . | 5 |
| Interview: | |
| Es gärt in Metallbetrieben . . . | 6 |
| Gewinne wie noch nie | 7 |
| Gewerkschaft Holz: 15 Prozent | 8 |
| ■ DGB-Erklärung von 1969 aktuell | 9 |
| ■ NGG-Kongreß widersprüchlich | 11 |
| Stopp dem Mietwucher! | 14 |
| Bedrohte Mitbestimmung | 15 |
| Phrix reif für Enteignung | 16 |

Der beste Weg

Eine originelle, aber nicht weniger einfältige Variante hat das Institut der Unternehmer zur Mitbestimmungsdiskussion beigetragen. Im Zusammenhang mit der geplanten Beilegung der paritätischen Mitbestimmung im Rhein Stahl-Konzern verlautbart das Institut: „Der Abbau der paritätischen Mitbestimmung in einem Großunternehmen bietet . . . den Arbeitnehmern auch eine Chance. Es könnte die Auffassung überprüft werden, daß der Status der Arbeitnehmer in einem ehemals montanmitbestimmten Unternehmen durch eine Regelung nach dem Betriebsverfassungsgesetz in keiner Weise beeinträchtigt wird.“

Da wüßten die Arbeiter was Besseres: Man sollte den Monopolherren und Mitbestimmungsfeinden die Betriebe wegnehmen und in Gemeineigentum überführen. Daran könnte man die Auffassung überprüfen und bestätigen, daß so die Wirtschaft krisenfrei wird, die Arbeitsplätze gesichert werden und die Großkapitalisten überflüssig sind. Die Pleiten von Borgward, Schlieker und bei Pintsch-Baumag haben es eigentlich schon bewiesen. okulus

Der Vertrag Moskau - Bonn

Eine Chance für Entspannung und Abrüstung Bonn muß vertragsgerechte Politik betreiben

In Moskau wurde am 12. August 1970 ein bedeutsamer Vertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Kossygin und Brandt, Gromyko und Scheel haben mit ihren Unterschriften den Vertrag bekräftigt. Mit diesem Vertrag hat die Sowjetunion bekundet, daß sie mit der Bevölkerung der Bundesrepublik in guter Nachbarschaft leben, mit ihr gemeinsam für Frieden und Entspannung in Europa wirken will. Im Vertrag wird die Bereitschaft ausgedrückt, die Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik zu erweitern.

Das Kernstück des Vertrages ist das festgelegte gemeinsame Streben beider Regierungen nach Normalisierung der Beziehungen zwischen allen Staaten Europas auf der Grundlage der jetzigen wirklichen Lage. In aller Form ist festgestellt, daß die Grenzen aller Staaten jetzt und in Zukunft unantastbar und zu achten sind. Die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Linie (Westgrenze Polen) und ebenso die Grenze DDR—BRD wird unzweideutig anerkannt.

Auf der Grundlage dieses Kernstückes — der faktischen und im Vertrag juristischen Anerkennung der Realitäten, die sich nach dem 2. Weltkrieg ergeben haben, bekommt der ausgesprochene Gewaltverzicht seine aktuelle und weit in die Zukunft reichende Bedeutung. Bei aller gebolenen Wachsamkeit der Politik der Bundesregierung gegenüber, kann der Vertrag als Erfolg einer Politik der friedlichen Koexistenz zwischen zwei Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen angesehen werden. Der Vertrag ist einem imperialistischen Staat abgerungen worden und drückt bis zu einem gewissen Grad die objektive Lage in der Welt, das zugunsten der Arbeiterklasse veränderte Kräfteverhältnis aus.

Die Bundesregierung hat zu diesem Vertrag Vorbehalte bekanntgegeben: Ansprüche auf Westberlin — eingehüllt in die Forderung „befriedigende Lösung der Westberlin-Frage“ — und Festhalten an einer illusionären Politik der „Wiedervereinigung“, die nur den nationalistischen und revanchistischen Kräften in der BRD eine Tür offen halten kann. Die Ratifizierung des abgeschlossenen Vertrages wird seitens der Bundesregierung also von Bedingungen abhängig gemacht, die nicht Gegenstand der Verhandlungen in Moskau sein konnten und nicht sein durften. Seitens der Regierung der Sowjetunion gibt es für die Ratifizierung, also für die Inkraftsetzung des Vertrages keinerlei Bedingungen oder Vorbehalte.

Im eigenartigen Licht erscheint die „nationale Souveränität“ der BRD angesichts der Noten der Bundesregierung an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, in

denen ausdrücklich die Rechte der vier Hauptmächte der Anti-Hitlerkoalition in bezug auf ganz Deutschland für die heutige Zeit als aktuell und vom Vertrag als unberührt beschworen werden. Wenn damit das Hauptziel der Anti-Hitlerkoalition gemeint wäre, in Deutschland den Nazismus mit der Wurzel auszurotten und Deutschland für alle Zeit zu einem friedlichen Staat zu machen, wäre eine solche Berufung auf die Rechte der Siegermächte nicht übel. Aber hinter dieser „Berufung“ steht nicht die Absicht, etwa die Potsdamer Verträge endlich in der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden, sondern die Absicht, an der militärischen Blockpolitik, der NATO, festzuhalten und über die Garantien der Westmächte die Herrschaft der groß-

DGB: Jetzt Rüstung drönseln

Der Inhalt des Moskauer Vertrages ist von den DGB-Gewerkschaften ausnahmslos begrüßt worden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund veröffentlichte am 13. August eine Erklärung zu dem Abschluß des Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Darin wird das Abkommen als entscheidender Schritt zur Verwirklichung der von den Gewerkschaften schon immer geforderten aktiven Friedens- und Entspannungspolitik bezeichnet. Der DGB spricht die Erwartung aus, „daß mit diesem Vertrag der Weg zu einer allgemeinen international kontrollierten Abrüstung geebnet ist, damit die Erfüllung der dringend erforderlichen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben nicht länger durch die über großen Rüstungsaufgaben behindert wird“. Wörtlich heißt es weiter: „Der DGB wird auch künftig alle Maßnahmen unterstützen, die der weiteren Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den osteuropäischen Ländern dienen.“

Der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks von Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach, nannte den Vertrag „notwendig,

kapitalistischen Monopole in der BRD zu sichern. Nichts anderes bedeutet die Versicherung Brandts, unbeirrt das Bündnis mit dem „freien Westen zum Schutz der freien Gesellschaft“ fortzusetzen.

So ist der Vertrag seitens der Bundesregierung mit Widersprüchen belastet, die seine Anwendung und Realisierung in praktischen Schritten erschweren und in Gefahr bringen können. Die Vertragstreue der Regierung der BRD zum Moskauer Abkommen zu erzwingen, ist eine erstrangige Aufgabe im politischen Kampf gegen die vordergründigen und hintergründigen imperialistischen Pläne der hier herrschenden reaktionär-militaristischen Kräfte. Darum muß die Realisierung des Vertrages zu einer Angelegenheit des Volkes werden. Eine echte Wende der Beziehungen der BRD zu den sozialistischen Staaten erfordert eine echte Wende der Politik in der BRD selbst.

Die nächsten Wochen und Monate werden das als notwendig erweisen. Die CDU/CSU, die Revanchistenverbände, die NPD, die ganze Rechtsunion hat schon zum Kampf geblasen. „Nationaler Verrat“ wird der von der SPD geführten Regierung vorgeworfen. Die politische Auseinandersetzung mit diesen Kräften, die eine offene militant-aggressive Politik gegen die sozialistischen Staaten betreiben, ist unausweichlich. Die Arbeiterschaft

konsequent und vernünftig“. Er sichere den Frieden in Europa und fördere das friedliche Zusammenleben mit den sozialistischen Ländern. Scharfe Kritik übte Lehlbach an der vorzeitigen Veröffentlichung des Vertragstextes durch die Springer-Zeitungen „Welt“ und „Bild“. Das sei Obstruktion gewesen. Auch der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner, der das Gewaltverzichtsabkommen ebenfalls als den Forderungen der Gewerkschafter entsprechend begrüßte, kritisierte die Haltung der Springer-Presse in dieser Frage.

Der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Hessen, Philipp Pleß, richtete in diesem Zusammenhang an den Hauptvorstand der IG Druck und Papier ein Fernschreiben, in dem zur Rolle der Springer-Zeitungen gesagt wird: „Diese Presse bewegt sich mit der permanenten Torpedierung der Friedens- und Entspannungsbemühungen fast an der Grenze des Landesverrats. Es erhebt sich nunmehr die Frage, ob die Arbeitnehmerschaft des graphischen Gewerbes unter dem Vorwand der ‚Pressefreiheit‘ verpflichtet ist, an der Herstellung solcher Druckwerke der Sabotage demokratischer Friedensbemühungen mitzuwirken.“

und ihre Gewerkschaften sind berufen, in dieser Auseinandersetzung ihre gewichtige Rolle zu spielen.

Die Gewerkschaften haben geholfen, daß der Vertrag in Moskau zustandekommen konnte. Die Reise einer DGB-Delegation in die UdSSR und der Gegenbesuch einer Delegation führender Gewerkschafter aus der Sowjetunion haben sicher dazu beigetragen, die Regierung der UdSSR davon zu überzeugen, daß es in der Bundesrepublik im Volk starke Kräfte gibt, auf die sich eine echte Politik des Friedens, der Entspannung und der guten Nachbarschaft stützen kann.

Daraus erwächst den Gewerkschaften, wie allen sozialistischen und demokratischen Kräften die Aufgabe, der Arbeiterschaft, dem ganzen Volke, den Inhalt, die Bedeutung des Moskauer Vertrages zu erklären. Es gilt gemeinsam gegen alle aufzutreten, die den Vertrag verhindern oder behindern wollen. Insbesondere die im DGB organisierten SPD-Bundestagsabgeordneten sollten sich, gestützt auf die erdrückende Mehrheit unserer Bevölkerung, die den Vertrag begrüßt, dafür einsetzen, daß er schnell dem Bundestag zugeleitet wird, damit er ratifiziert und in Kraft gesetzt werden kann.

Schon jetzt gilt es nach Buchstaben und Geist des Vertrages zu handeln. Der Revanchismus-Militarismus, der politische Einfluß des Rechtskartells muß offensiv bekämpft und zurückgedrängt werden. Eine europäische Sicherheitskonferenz rückt jetzt in greifbare Nähe. Einen großen Beitrag dazu könnte der DGB leisten, wenn er endlich praktische Schritte tun würde, um eine europäische Konferenz der Gewerkschaften des IBFG und des WGB durchführen zu helfen, — wie das auf der Rostocker Arbeiterkonferenz gefordert wurde.

Energische Schritte zur Friedenssicherung und Entspannung schaffen ein günstiges Klima, um die Vorschläge des DGB durchzusetzen, die sein Bundesvorstand am 22. Oktober 1969 als die Forderungen der Arbeiter und Angestellten an die damals neu gebildete Regierung Brandt/Scheel gerichtet hat. (Siehe auch Seite 9.)

Entspannung Sowjetunion—Bundesrepublik, europäische Friedenssicherung, völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Brechung der Macht des Rüstungs- und Rechtskartells im Innern unserer Bundesrepublik, radikale Kürzung der Rüstungsausgaben, bedeutende Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen BRD—SU zum Nutzen unserer Bevölkerung, Zurückdrängung und Überwindung des Antikommunismus als Staatsdoktrin, neue Impulse für eine demokratische Entwicklung — das sind die Chancen, die sich für unsere Bevölkerung im Zusammenhang mit dem in Moskau abgeschlossenen Vertrag ergeben.

Josef Ledwohn

Gefährliche Parallelen

In Konstanz am Bodensee starb der 18jährige Tankstellenlehrling Martin Katschker als weiteres Opfer neonazistischer Hetze gegen junge Menschen, die für sich das Recht in Anspruch nehmen, so zu leben, wie es ihrer Vorstellung von Freiheit und Demokratie entspricht. Der Mörder, ein 38jähriger Drucker, erschöß den

Konstanzer DGB-Kreisausschuß hatte sich sofort mit einem scharfen Protest gegen die Bildung einer neuen SA unter der Bezeichnung „Bürgerwehr“ gewandt, und den Oberbürgermeister heftig kritisiert sowie auf die Gefahren von Gewalttätigkeiten gegen die „Gammler“, Studenten und jungen Arbeiter hingewiesen.

Wie recht die Gewerkschaften mit ihrer Warnung hatten, wurde durch den Mord an dem jungen Arbeiter bestätigt. Der DGB-Kreisausschußvorsitzende Reisacher wie auch der Konstanzer DGB-Vorsitzende machten die NPD für die Bluttat verantwortlich, die durch ihre Pogromhetze den „Boden für Intoleranz und Gewalt geschaffen“ hätten. Erfreulich, daß sich der DGB-Bundesvorstand in einem Telegramm dem Protest des Kreisausschußvorsitzenden angeschlossen hat.

Die Empörung eines Teiles der Bevölkerung ist sehr stark. Es darf aber nicht verheimlicht werden, daß durch die Presse und eine Erklärung der CDU die politischen Hintergründe dieser Bluttat geleugnet oder verwischt werden, obwohl der Totschlag an einem jungen Arbeiter in Konstanz kein Einzelfall ist, sondern ein weiteres Glied in der Kette politischer Gewalttätigkeiten der NPD.

Wer die Politik in der Weimarer Zeit bewußt miterlebt hat, den müssen die Parallelen erschrecken: Die Rolle, die heute die „Gammler“ und die „Langhaarigen“ in der Hetzpolitik der NPD spielen, spielten bis 1945 die Juden. Politischer Unmut und Zorn, hervorgerufen durch Arbeitslosigkeit und soziale Not, wurden damals von den Nazis in demagogischer Weise auf einen Teil des Volkes, nämlich die Juden, abgelenkt.

Das gleiche geschieht heute: Die Hetze der Neonazis in der NPD richtet sich gegen eine Minderheit in unserem Volke, gegen die „Gammler“ und die „Fremdarbeiter“, und leider gelingt es ihnen, Haß und Intoleranz in unser Volk zu säen, die sich eines Tages auch wieder gegen die Gewerkschaften richten können. Der fanatische Haß der Nazis gegen Juden und Marxisten, worunter sie nicht nur Kommunisten, sondern ebenso Sozialdemokraten und Gewerkschafter verstanden, führte auf direktem Weg in die KZ's und die Vernichtungslager von Auschwitz und Maidanek. Das darf nicht in Vergessenheit geraten!

Die Bluttat in Konstanz muß Anlaß sein für die Gewerkschaften, sich stärker als bisher für ihre Forderung nach Verbot der neonazistischen NPD einzusetzen, um damit den Sumpf auszutrocknen, auf dem Intoleranz und politische Bluttaten gedeihen. H. S.

In eigener Sache

Dieser Ausgabe von NACHRICHTEN liegen wieder, wie kündigt alle drei Monate (März, Juni, September, Dezember), die auf 12 Seiten erweiterten „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ bei. Dieses statistische Material hat schon in der ersten Ausgabe (Juni 1970) lebhaften Zuspruch bei unseren Lesern gefunden.

Ab Januar 1971 müssen wir folgende Neuregelung treffen: Der Preis für das NACHRICHTEN-Heft erhöht sich auf 1,00 DM. Im Abonnementspreis von halbjährlich 6,00 DM und jährlich 12,00 DM plus Zustellgebühren ist die Beilage „Informationen...“ enthalten. Im Einzelverkauf kosten die „Informationen...“ jedoch 1,50 DM je Exemplar. Einzelexemplare der NACHRICHTEN können ab Januar 1971 nur noch ohne die „Informationen...“ geliefert werden. Es besteht künftig auch die Möglichkeit, nur die „Informationen...“ zu abonnieren, und zwar zum jährlichen Bezugspreis von 6,00 DM zuzüglich Zustellgebühren. Bei Abnahme mehrerer Exemplare kann ein Rabatt vereinbart werden. Verlag und Redaktion

Lehrling, der friedlich mit seinen Freunden auf einer Bank in einem öffentlichen Park saß, mit einem Bolzenapparat, um, wie er vor der Polizei erklärte, „für Ruhe und Ordnung“ zu sorgen.

Der Täter bezog sich auf den Konstanzer NPD-Stadtrat Eyermann, der Tage zuvor dem Oberbürgermeister angedehnt hatte, mit einer „Bürgerwehr“ die Stadt von den „Gammlern und Langhaarigen“ zu „säubern“, was der Oberbürgermeister mit der Bemerkung: „Wenn Sie das machen, bin ich einverstanden“, quittierte. Der

Metall-Lohnkampf begonnen

15 Prozent mit allen Kampfmitteln durchsetzen Einmalig gute Profitlage in der Metallindustrie

Der Vorstand der IG Metall hat am 27. August die von den bezirklichen Tarifkommissionen aufgestellten Forderungen für 4,5 Millionen Arbeiter und Angestellte der Metallindustrie im vollen Umfange gebilligt und der Kündigung aller Lohn- und Gehaltstarifverträge — vorwiegend zum 30. September — zugestimmt. Der erste Schwerpunkt der Forderungen liegt bei einer Lohn- und Gehaltserhöhung, die sich um 15 Prozent herum bewegt. Den zweiten Schwerpunkt bilden Forderungen zur besseren tariflichen Absicherung der Effektivverdienste. An dritter Stelle wird in mehreren Tarifgebieten verlangt, die unteren Lohngruppen, in denen vorwiegend Frauen beschäftigt sind, zusätzlich anzuheben.

Diese von Bezirk zu Bezirk im Detail variierenden Forderungen (siehe nebenstehende Übersicht) sind durch eine demokratische Willensbildung der Mitglieder in den Betrieben entwickelt worden. Der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner erklärte auf einer Pressekonferenz: „Die IG Metall ist bereit, ihre ganze Kraft und Geschlossenheit ins Spiel zu bringen, wenn es gilt, die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer durchzusetzen.“

Die IG Metall hat, wie Otto Brenner betonte, Lehren aus der Vergangenheit, besonders aus den Septemberstreiks 1969, der vorjährigen Tarifbewegung und den zahlreichen betrieblichen Kämpfen gezogen und die Mitglieder stärker als bisher bei der Ausarbeitung der Forderungen einbezogen. Jetzt wird es notwendig sein, die Schlußfolgerungen fortzusetzen, nämlich die Mitgliedschaft in allen Phasen der Auseinandersetzungen mit den Unternehmern zu informieren und Kampfaktionen zu organisieren. Nur so können die Widerstände der Metallindustriellen gebrochen und die Forderungen verwirklicht werden.

Angesichts der Profit- und Preisexplosionen ist die Forderung nach 15 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung durchaus berechtigt. Die Metallunternehmer haben von dem Wirtschaftsaufschwung der vergangenen Jahre besonders stark profitiert. Innerhalb von drei Jahren, von 1968 bis 1970, weitete sich das Produktionsvolumen der Metallindustrie um mehr als 50 Prozent aus, während die Beschäftigtenzahl nur knapp 16 Prozent zunahm. Dazu sagte Brenner: „In der Gegenüberstellung dieser beiden Zahlen kommt unter anderem die große Anspannung und Leistungsverdichtung zum Ausdruck, die von den Arbeitnehmern in dieser Zeit verlangt wurde und noch heute verlangt wird, wie dies auch die durchschnittliche Zahl von vier Überstunden pro Woche kennzeichnet. Die Stimmen, die uns aus den Betrieben erreichen, berichten von einer physisch-psychisch nicht mehr vertretbaren Belastung der Arbeitnehmer.“

Diese verschärfte Ausbeutung hat den Unternehmern 1969 eine Gewinnsteigerung von durchschnittlich 30 Prozent gebracht. Für die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie ist es jetzt nur recht und billig, nach der „Schonzeit“ der vergangenen Jahre 15 Prozent mehr Lohn und Gehalt zu verlangen. Diese Lohnaufbesserungen werden keineswegs die Konjunktur gefährden, wie es die Unternehmer wider besseres Wissen behaupten, sondern im Gegenteil hilft eine Ausweitung der Massenkaufkraft, die Konjunktur zu erhalten.

Das Unternehmerargument, daß die steigenden Preise auf eine angebliche Kosteninflation durch steigende Löhne zurückzuführen seien, wurde von der IG Metall ebenfalls zurückgewiesen. Nach ihren Berechnungen ist in der gesamten Metallindustrie der Anteil der Löhne und Gehälter am Nettoumsatz von 26,9 Prozent im Jahre 1968 auf 26,2 Prozent im Jahre 1970 gesunken. Die Erhöhung der Erzeugerpreise in der Metallindustrie — im ersten Halbjahr 1970 allein um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum — ist ausschließlich auf das ungehemmte Profitstreben der Unternehmer zurückzuführen.

Ferner verwahrt sich die IG Metall energisch gegen die Lüge von Gesamtmetall, die Gewerkschaften würden Lohnerhöhungen von 35 Prozent fordern. Brenner nannte diese Behauptung „unsinnig und demagogisch“. Die über 15 Prozent hinausgehenden Forderungen zielen darauf ab, „bereits gezahlte Effektivleistungen tariflich stärker abzusichern. Sie haben in der Regel keine materiellen Auswirkungen“. Zu der Milchmädchenrechnung der Unternehmer sagte er, es „kann doch nur böser Wille am Werk sein“.

Dennoch ist eine bessere tarifliche Absicherung der Löhne und Gehälter von großer Bedeutung; dadurch erkämpfen sich die Arbeiter und Angestellten nicht nur einen rechtlichen Anspruch auf ihre Einkommen, sondern können auch die Manipulierungsmöglichkeiten der Unternehmer eingeschränkt werden. Gegenwärtig liegen nach Anga-

ben des Tarifexperten Hans Mayr die Löhne und Gehälter bis zu 30 Prozent über den Tarifen. Ebenso notwendig ist es, daß die unteren Lohngruppen stärker angehoben werden, um dem weiteren Auseinanderklaffen der Löhne und Gehälter Einhalt zu gebieten. Nicht minder wichtig ist die besonders in Nordrhein-Westfalen erhobene Forderung, die Laufzeit der neuen Tarifverträge nicht über 12 Monate auszu dehnen.

Stellvertretend für alle Bezirke der IG Metall versicherte Bezirksleiter Scholz aus Hamburg, daß bei der Mitgliedschaft die Bereitschaft vorhanden sei, für diese Forderungen aktiv zu werden. Ein wesentlicher Ausdruck für diese Kampfbereitschaft der Metallarbeiter sind die zahlreichen betrieblichen Streiks, die in den letzten Monaten geführt wurden. Nach unvollständigen Angaben haben nach den Septemberstreiks von Oktober 1969 bis April 1970 mehr als 85 000 Arbeiter und Angestellte zur Abwehr von Unternehmerangriffen und Durchsetzung betrieblicher Forderungen die Arbeit niedergelegt. In den folgenden Monaten hat sich diese Aktivität noch verstärkt. Der im August dieses Jahres geführte Warnstreik bei Klöckner in Bremen ist ein Beispiel von vielen und zeigt die richtige Begleitmusik für den jetzt begonnenen Lohnkampf.

In einer Erklärung zum Lohnkampf der Metallarbeiter versicherte das Mitglied des Parteivorstandes der DKP und Referent für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Werner Cieslack: „Bei der Durchsetzung der Forderungen der Metallarbeiter steht die DKP als Arbeiterpartei in diesem Kampf gegen das Monopolkapital mit all ihren Mitgliedern und Funktionären fest an der Seite der Metallarbeiter und ihrer Gewerkschaft.“

Gesamtmetall dringt darauf, wie in den vergangenen Jahren, mit der IG Metall zentrale Verhandlungen, unter Ausscheidung der Mitgliedschaft, zu führen. Die negativen Erfahrungen der vergangenen Tarifbewegungen sollten Anlaß geben, nicht wieder in diesen Fehler zu verfallen. Zentrale Verhandlungen dienen nicht den Interessen der 4,5 Millionen Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie.

Auch eine „Vermittlung“ von Wirtschaftsminister Schiller hat bisher immer den Unternehmern genutzt und den Arbeitern Nachteile gebracht. Um die gestellten Ziele durchzusetzen, ist es erforderlich, den bevorstehenden Kampf regional, in den Bezirken, zu führen und auch zu beenden. Jegliches Vertrauen auf eine Partnerschaft mit den Unternehmern und Vertretern des Staates sabotiert den Erfolg dieser Lohnbewegung. Vielmehr ist es notwendig, wie Otto Brenner ankündigte, die Forderungen „mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln durchzusetzen“.

W. Petschick

Lohnverzicht?

Bezirk Essen, Hagen, Köln, Münster für alle Tarifgebiete der metallverarbeitenden und der Eisen- und Stahlindustrie:

1. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 15 Prozent.
2. Angemessene Erhöhung der Vergütungen für Auszubildende.
3. Laufzeit des Vertrages nicht über zwölf Monate.

Für die Eisen- und Stahlindustrie wird zusätzlich gefordert: Der in Paragraph 2 des Lohnabkommens vereinbarte Pfennig-Betrag für den Faktor 1, gemäß Paragraph 6, Ziffer 3a des Lohnrahmentarifvertrags, soll sich künftig am Ecklohn orientieren.

Bezirk Stuttgart — Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden:

1. Erhöhung der Grundlöhne um 15 Prozent.
2. Festsetzung einer durchschnittlichen Leistungszulage für Zeitlohnarbeiter in Höhe von 25 Prozent.
3. Die Gehaltserhöhung für die Angestellten soll mit der Lohnerhöhung wirksam und das Gehaltsabkommen mit dem Lohnvertrag in Kraft gesetzt werden und die gleiche Laufzeit erhalten. (Das Gehaltsabkommen ist zum 30. 11. 1970 kündbar.)

Tarifgebiete Südbaden,

Südwestfalen-Hohenzollern:

1. Erhöhung der Grundlöhne um 15 Prozent; linear in den Lohngruppen 1 bis 7 um den Geldbetrag, der sich aus der 15prozentigen Erhöhung des Ecklohnes ergibt (plus 60 Pfennige) und prozentual in den Lohngruppen 7 bis 10 nach dem bisherigen Lohngruppenschlüssel.

Die 2. und 3. Forderung ist mit dem Tarifgebiet Nordwürttemberg und Nordbaden identisch.

Bezirk Frankfurt: Für die Tarifgebiete Hessen, Pfalz, Rheinhessen, Saar der metallverarbeitenden Industrie und Saar der Eisen- und Stahlindustrie ergeben sich folgende gleichlautende Forderungen:

1. Erhöhung der Gehälter um 15 Prozent.
2. Erhöhung der Leistungszulage für Zeitlohnarbeiter von 7,5 auf 15 Prozent. Einführung einer Leistungszulage für Angestellte in Höhe von 15 Prozent.
3. Außerdem wird eine Vorabanhebung des Ecklohnes gefordert: im Tarifgebiet Hessen von 4,17 auf 4,50 DM; Pfalz und Saar von 4,13 auf 4,47 DM; Rheinhessen von 4,06 auf 4,45 DM.

Außerdem wird für den gleichzeitig gekündigten Manteltarifvertrag in allen Tarifgebieten gefordert: Verbesserungen bei Schichtzulagen sowie den Lohngruppen- und Altersklassenschlüsseln.

Bezirk München —

Tarifgebiet Bayern:

1. Erhöhung der Löhne, Gehälter und Vergütungen für Auszubildende um 15 Prozent.
2. Gleicher Ausgangslohn für Akkord-, Zeit- und Prämiendarbeiter.
3. Die Lohngruppen 1 und 2 werden textlich geändert, die Lohngruppe 3 entfällt und eine neue Lohngruppe 9 soll hinzukommen. Außerdem werden die Prozentsätze geändert.
4. Erhöhung der Erschwerniszulagen um durchschnittlich 50 Prozent.
5. Vorab eine Angleichung der Gehälter an den Bundesdurchschnitt (zwischen 36 und 88 DM).
6. Die Vergütung für Auszubildende soll nach zwei Altersgruppen (vor Beginn des 17. Lebensjahres und nach Vollendung des 17. Lebensjahres) unterteilt und die Vergütung je nach Ausbildungsjahr von 150 auf 270 DM bzw. von 180 auf 300 DM erhöht werden. (Die Tarifverträge können erst zum 31. Oktober 1970 gekündigt werden.)

Bezirk Hamburg:

1. Für alle Tarifgebiete eine Erhöhung des Ecklohnes um 0,68 DM, für die Firma Klockner-Werke, Bremen, um 0,80 DM.
2. Erhöhung der Gehälter unterschiedlich nach Tarifgebiet zwischen 100 und 128 DM; in den Tarifgebieten Bremen und Hamburg Erhöhung der Gehälter um 15 Prozent.
3. Vorweganhebung des bisherigen Ecklohnes in den Tarifgebieten Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein in unterschiedlicher Höhe.
4. Erhöhung der Vergütungen für Auszubildende auf: im ersten Lehrjahr 200 DM, im zweiten Lehrjahr 235 DM, im dritten Lehrjahr 275 D-Mark, im vierten Lehrjahr 450 D-Mark.

Bezirk Hannover — Tarifbezirk Niedersachsen, metallverarbeitende Industrie:

1. Lineare Erhöhung der Grundlöhne in den Lohngruppen 1 bis 8 um 0,50 DM je Stunde. Die Lohngruppen 9 bis 11 sind entsprechend dem tariflichen Lohngruppenschlüssel um 12,5 Prozent zu erhöhen.
2. Der Grundlohn für Zeitlöhner soll nach dreimonatiger Tätigkeit von bisher 5 auf 7,5 Prozent erhöht werden.
3. Der Akkordrichtsatz soll im gleichen Umfange angehoben werden.
4. Erhöhung der Tarifgehälter um 13 Prozent, für die Meister um 18 Prozent und Verbesserung des Altersgruppenschlüssels für Angestellte.
5. Wegfall des Ortsklassenabschlages für die Firmen Ilse der Hütte, Peine, und Hüttenwerke Salzgitter: Erhöhung des Ecklohnes um 0,67 DM.

Die Statistik meldete für den Monat Juli nach langer Zeit erstmals wieder einen Rückgang der Beschäftigtenzahlen. Gleichzeitig zeigen sich neben Beruhigungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt parallele Tendenzen beim Auftragseingang in einigen Branchen der Industrie. Die Unternehmervverbände versuchen diese Glättung von Konjunkturwogen gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik, vor allem die Lohnbewegung in der Metallindustrie, ins Feld zu führen. Angeblich müßten sich die Gewerkschaften zurückhalten, um nicht die Wirtschaftslage mit „übermäßigen Forderungen“ zu beeinträchtigen. Da die Arbeiterschaft im kapitalistischen Wirtschaftssystem permanent um ihre Arbeitsplätze fürchten muß, finden solche Sirenenklänge der Unternehmer erfahrungsgemäß Aufnahme und behindern so die berechnete Interessenwahrnehmung der Arbeiter und Angestellten.

Nichts wäre jedoch falscher, als die Zurücknahme oder Reduzierung von Lohn- und Gehaltsforderungen. Abgesehen davon, daß eine Dämpfung der Hochkonjunktur von der staatlichen Wirtschaftspolitik und den Unternehmerfunktionären ausdrücklich gewollt ist, kann mangengewärtig von einer krisenhaften Entwicklung oder dem direkten Nahen einer Wirtschaftskrise nicht sprechen. Aber selbst wenn die Konjunktur abflachen und an Schwung verlieren sollte, was in Folge planlosen Wirtschaftens und der Widersprüche kapitalistischer Profitwirtschaft immer wieder eintritt, würde ein Lohnverzicht der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften genau die falsche Reaktion sein. Vielmehr kommt es darauf an, über kräftig steigende Masseneinkommen die Binnennachfrage zu beleben und der Wirtschaft neue Impulse zu geben.

Auf die unternehmerische Zweckpropaganda, wonach die Lohn- und Gehaltsforderungen in der Metallindustrie die Konjunktur gefährden, kann es seitens der Gewerkschafter nur eine Antwort geben: Umgekehrt ist es richtig — jetzt müssen die Einkommen der Arbeiter und Angestellten kräftig erhöht werden, um der Konjunktur zusätzliche Stützen einzuziehen! Dazu ist die volle Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen nötig. Jeder Pfennig und jedes Prozent weniger würde in der Massennachfrage fehlen und tatsächlich die konjunkturellen Auftriebskräfte schwächen. Im übrigen beeinträchtigen höhere Löhne und Gehälter nicht die Wirtschafts-, sondern bestenfalls die Profitentwicklung. Und dieser Effekt ist von den Gewerkschaften nach der vorausgegangenen „Profitexplosion“ bei den Konzernen und großen Unternehmen auch beabsichtigt. Sb.

Es gärt in Metallbetrieben

Interview mit dem Betriebsratsvorsitzenden H. Bublitz „Die 15-Prozent-Forderung voll verwirklichen“

Das Ringen um die Durchsetzung der IG-Metall-Forderungen hat begonnen. Über die Stimmung in den Metallbetrieben unterhielten wir uns mit Helmut Bublitz, dem Betriebsratsvorsitzenden in einem Gelsenkirchener Maschinenbaubetrieb. Bublitz ist seit elf Jahren Mitglied der großen Tarifkommission der IG Metall für die metallverarbeitende Industrie in Nordrhein-Westfalen.

Nachrichten: Kollege Bublitz, was sagen die Kollegen im Betrieb zu den Forderungen der Tarifkommission der IG Metall?

H. Bublitz: Die Forderungen werden uneingeschränkt begrüßt, weil sie den unzähligen Anträgen und Entschliefungen der Vertrauenskörper, Betriebsrätekonferenzen und Vertreterversammlungen entsprechen. Seit Beginn des Jahres ist die Diskussion über eine ausreichende Lohn- und Gehaltserhöhung in Betrieb und Gewerkschaft im Gange. Die zunehmende Belastung durch laufende Preissteigerungen, durch Wuchermieten und explosivartig ansteigende Steuerabzüge wurde immer stärker spürbar, sie förderte die Entschlossenheit der Kollegen, sich nicht wieder mit einer unzureichenden Lohn- und Gehaltserhöhung zufrieden zu geben.

Die Forderung von 15 Prozent entspricht, wie schon gesagt, den Forderungen aus den Betrieben, da nach allgemeiner Auffassung bei der letzten Tarifierhöhung sowohl die 8 Prozent der verarbeitenden Metallindustrie als auch die 11 Prozent der Eisen- und Stahlindustrie nicht den Erfordernissen entsprachen. Daraus wird von allen Kollegen die Schlußfolgerung gezogen, daß einiges nach- und aufzuholen ist.

Nachrichten: Wie verhalten sich die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben zu der Behauptung der Unternehmer, Konzerne und bestimmter Institutionen, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen die Konjunktur und damit die Arbeitsplätze gefährden. Wird über diese Unternehmerargumente diskutiert?

H. Bublitz: Ja. Es werden die Argumente der Unternehmer als das entlarvt, was sie bezwecken sollen, nämlich die Höchstprofite der Unternehmer abzusichern. Die einfache Regel, daß gesteigerte Kaufkraft den Absatz der geschaffenen Produkte sichert, daß höhere Löhne und Gehälter den inneren Markt, und damit auch Arbeit und Vollbeschäftigung sichern, geht wie ein roter Faden durch die lohnpolitische Diskussion.

Die zunehmende Bereitschaft der Gewerkschaften, auch unter dieser SPD/FDP-Regierung die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber Regierung und

vor allem gegen die Profitansprüche der Konzerne stärker zu vertreten, findet volle Zustimmung. Dabei wird z. B. immer mehr festgestellt, daß die Mitarbeit in der Schillerschen konzentrierten Aktion dieser Erkenntnis widerspricht und keine Möglichkeit zur Durchsetzung der Arbeiter- und Angestellteninteressen bietet.

Nachrichten: Kollege Bublitz, Sie arbeiten mit sozialdemokratischen Kollegen im Betrieb und in der Gewerkschaft. Was sagen Ihre Kollegen zu den Versuchen Minister Schillers, die Gewerkschaften vom aktiven Lohnkampf abzuhalten?

H. Bublitz: Im Betrieb und in der Gewerkschaft sind die sozialdemokratischen Kollegen überwiegend der gleichen Auffassung wie alle anderen Kollegen, daß nämlich die Politik Schillers, mit der Einkommensentwicklung die Gewinnexplosion für die Unternehmer zu stützen, abgelehnt werden müsse. Noch klarer wird die Ablehnung bei den verschiedensten Versuchen Schillers, Einfluß auf die Gewerkschaften auszuüben, wenn Lohnforderungen anstehen.

Ein Beispiel dafür, daß viele sozialdemokratische Kollegen bis in die Spitze der Gewerkschaften Schillers Politik ablehnen, ist die DGB-Zielprojektion für 1969 bis 1974. Diese mittelfristige Finanzplanung des DGB ist eine völlige Absage an die Schillersche Wirtschaftspolitik. Ich kann hier nicht alle Vorschläge und Planvorstellungen des DGB anführen, aber die vorgeplante Einkommensverteilung sagt alles Notwendige aus. Nach den Vorstellungen des DGB sollen die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit im Jahre 1969 um 12 Prozent, 1970 um 12,5, 1971 um 9,7, 1972 um 9,1 1973 um 9,5 und 1974 um 8,1 Prozent steigen. Dagegen sollen die privaten Bruttoeinkommen (einschließlich Abschreibungen) der Unternehmer 1969 nur um 5,8 Prozent, 1970 um 3, 1971 um 3,2, 1972 um 3,6, 1973 um 4,5 und 1974 um 5,3 Prozent steigen. Ich glaube, das ist eine deutliche Aussage zu Schillers Politik.

Nachrichten: Wie ist die Stimmung der Kollegen in Hinsicht darauf, daß die Auseinandersetzungen um die Forderungen der IG Metall hart, wahrscheinlich sehr hart sein werden?

H. Bublitz: Die Erfahrungen aus den Septemberstreiks 1969 und die damit verbundenen Erfolge haben überwiegend die Lehre vermittelt, daß man auch heute noch für die volle Durchsetzung gestellter Forderungen kämpfen muß. In zunehmendem Maße verlangen die Kollegen die volle Verwirklichung der gestellten Forderungen; das zeigt sich z. B. in dem zunehmenden Verlangen aus den Betrieben, daß jegliches Verhandlungsergebnis zur Urabstimmung gestellt werden soll.

In der Zeitung „Metall“ Nr. 17 vom 18. August 1970 heißt es auf der ersten Seite: „In bester Kondition geht die IGM in die Tarifrunde“. Die Kollegen im Betrieb ergänzen diese Feststellung und sagen dazu: Mit ernstem und entschlossenem Kampfeswillen wollen wir unseren Anteil am geschaffenen Sozialprodukt erhöhen. Man ist nicht mehr bereit, bei steigenden Unternehmerprofiten auf eigene Verbesserungen zu verzichten. Es wird immer mehr erkannt, daß es bei dieser Lohnauseinandersetzung auch um die Glaubwürdigkeit und um die Stärkung der IG Metall geht.

Nachrichten: Sind im Betrieb angesichts der Haltung der Unternehmer bereits Vorbereitungen zu Kampfmaßnahmen im Gange?

H. Bublitz: Die ansteigenden Lohnstreiks in den letzten Wochen in Metallbetrieben, bei denen die Kollegen betriebliche Lohnerfolge erringen konnten, zeigen, daß in den Betrieben seit längerer Zeit ein gewisser Alarmzustand besteht. Soweit in den Betrieben die vertraulichen Hinweise der Arbeitgeberverbände an ihre Mitglieder für eine Streiksituation bekannt geworden sind, sind in der Diskussion der Kollegen geeignete Gegenmaßnahmen im Gespräch.

Die gewerkschaftlichen Vertrauenskörper sind dabei, ihre eigene Tätigkeit zu aktivieren, die Kollegenschaft auf eine harte Auseinandersetzung vorzubereiten. Die Bereitschaft zum Kampf ist für diese Lohnrunde stärker als in der Vergangenheit und nimmt täglich zu, dabei sind vorbereitende Überlegungen für die Führung eines Kampfes mit im Gespräch. Die Erkenntnis, daß Lohnkämpfe gleichzeitig Machtkämpfe sind, setzt sich immer stärker durch. Es wird heute mehr erkannt, daß Einkommensprobleme nicht von den politischen Tagesfragen zu trennen sind.

Die organisatorischen Vorbereitungen für einen Kampf hängen von der weiteren Entwicklung ab. Es ist zu erwarten, daß auf Grund der Gesamtsituation und der Kampfkampfenheit der Kollegen die IG Metall im Rahmen ihrer Satzung und bestehenden Vereinbarungen frühzeitig alle Möglichkeiten der Organisation einsetzt.

Bei Metall Gewinne wie nie

Wie in jeder Lohnbewegung aufs neue, versucht der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetail) auch jetzt wieder, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als würden die Unternehmen der Metallindustrie mit den gewerkschaftlichen Lohn- und Gehaltsforderungen überbeansprucht. Zum wiederholten Male erklärte Gesamtmetail am 1. September, die Lohn- und Gehaltsforderungen seien zu hoch, es sei falsch, aus der bisherigen Lohn-Gewinn-Entwicklung in der Metallindustrie einen Lohnrückstand abzuleiten. Die IG Metall müsse eine „konjunkturgerechte“ Lohnpolitik machen.

Die Tatsachen beweisen jedoch das Gegenteil: Danach haben die Metallindustriellen keine konjunkturgerechte Gewinnpolitik betrieben. Die Nettogewinne der Metallindustrie sind 1969 nach vorsichtigen Berechnungen um 30 Prozent, vermutlich jedoch noch mehr, gestiegen. Die Nettolöhne und -gehälter in diesem Industriezweig stiegen jedoch nur um 9 Prozent. Diese Tendenz setzte sich auch in diesem Jahr fort, was die bis einschließlich April ausgewertete Industriestatistik schon erkennen läßt.

Der Umsatz der Metallindustrie stieg 1969 gegenüber dem Vorjahr um 26 Prozent und lag in den ersten vier Monaten 1970 um 23,5 Prozent höher als 1969. Umsatz und Preisniveau sind in der Metallindustrie in dem genannten Zeitraum um die Hälfte stärker gestiegen als im Durchschnitt der übrigen Industrie. Die Arbeitsproduktivität stieg sogar doppelt so schnell. Entsprechend liegen auch die Gewinnraten auf einsamer Höhe über denen der anderen Industriezweige. Von „konjunkturgerechter“ Profit-, Umsatz- und Preisentwicklung, wie sie von den Konzernchefs für Löhne und Gehälter verlangt wird, kann man auf der Unternehmenseite also nicht reden.

Bei den Investitionen bietet sich das gleiche Bild: Nach einer Umfrage in der Metallindustrie will diese im laufenden Jahr um 30 Prozent mehr investieren als 1969, gegenüber einem geplanten Zuwachs von 22 Prozent in der übrigen Industrie. Da aber nach der kapitalistischen Maxime nur dann besonders hohe Investitionen vorgenommen werden, wenn sie auch besonders hohe Gewinne versprechen, sagt das eigentlich schon genug. Das Bild rundet sich ab, wenn man berücksichtigt, daß in der Metallindustrie der Lohn- und Gehaltsaufwand im Verhältnis zum Umsatz 1969 zurückgegangen und 1970 bislang gleichgeblieben ist.

Konkret sieht das so aus: Bei Ford beispielsweise sind 1969 die Lohnkosten um 2,4 Prozent auf rund 20 Prozent vom Umsatz abgesunken. Wäre der prozentuale Anteil aber so groß geblieben wie 1968, dann hätten die Arbeiter und Angestellten im vorigen Jahr pro Kopf 1800 DM mehr verdient. Für Ford ergab sich so ein Extraprofit von 80 Millionen DM.

Bei Mannesmann sank die Lohn- und Gehaltsquote 1969 um 0,2 Prozent auf 17,2 Prozent. Bei unverändertem Anteil am Umsatz hätte jeder Beschäftigte 250 DM mehr verdienen müssen.

In der Krauss-Maffei AG, ein Rüstungsbetrieb, der zum Flick-Imperium gehört, sank der Lohn- und Gehaltsanteil von 22,2 Prozent 1968 auf nur noch 18,2 Prozent 1969, das sind vier Prozent. Das Unternehmen konnte den Umsatz sprunghaft um 46,6 Prozent steigern, bei einem Aktienkapital von 16,3 Millionen DM den Rücklagen 31,8 (im Vorjahr 22,3) Millionen DM zuführen, den bilanzmäßig ausgewiesenen Überschuß von 6,3 auf 11,7 Millionen DM fast verdoppeln und die Eigenfinanzierungsrate von 67 Prozent im Jahre 1967 über 91 Prozent in 1968 auf 94 Prozent im vergangenen Jahr steigern.

Solche Beispiele ließen sich in großer Zahl fortsetzen. In den Geschäftsberichten von 1969, die seit Monaten in der Presse veröffentlicht werden, wimmelt es von Zahlen, die die Profitexplosion nachweisen — trotz aller Verschleierungspraktiken in den Bilanzen. Diese Zahlen beweisen, daß die Metallindustriellen die Forderungen der IG Metall mit Leichtigkeit erfüllen können.

Wie wenig eine 15prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung kostenmäßig ins Gewicht fällt, zeigt folgendes Rechenbeispiel: Im Durchschnitt der Industrie betrug der Lohn- und Gehaltsanteil, einschließlich aller Nebenkosten, je 100 DM Umsatz im Mai 1970 genau 23,30 DM; im gleichen Monat 1966 waren es 23,40 DM. In der Metallindustrie liegt dieser Anteil bei 26,20 DM je 100 DM. Wenn die Löhne und Gehälter um 15 Prozent erhöht werden, würde der Anteil am Umsatz zunächst um rund 4,— DM auf 30,20 DM je 100 DM steigen und die Gewinne der Unternehmen entsprechend kürzen.

Legt man im laufenden Jahr einen Produktivitätsfortschritt von nur fünf Prozent je Arbeitsstunde und die allgemeine Preissteigerungsrate von vier Prozent zugrunde, die sich im Umsatzerlös niederschlagen, so stehen nach Ablauf eines Jahres den um 4,— DM gestiegenen Kosten um 9,— DM gestiegene Erlöse gegenüber. Wenn die IG Metall vor der Tarifbewegung des nächsten Jahres nicht

feststellen soll, daß der Lohnkostenanteil am Umsatzerlös trotz 15prozentiger Lohnerhöhung in diesem Jahr wiederum abgesunken ist (auf vermutlich rund 25,— DM je 100 DM), dann wird sie im Verlaufe der kommenden 12 Monate neben der Lohn- und Gehaltserhöhung von 15 Prozent nochmals Nebenforderungen wie 13. Monatsgehalt, mehr Urlaubsgeld, betriebliche effektive Lohnerhöhungen usw. im Gesamtwert von annähernd 20 Prozent durchsetzen müssen. Und dann wäre lediglich die Relation von heute gewahrt!

Die Metallarbeiter haben also nicht den geringsten Anlaß, sich um das Wehklagen der Konzernvertreter zu kümmern. Diese beklagen, was man verstehen kann, das vorübergehende Schrumpfen der Profitspanne, während die Metaller um ihren berechtigten Anteil kämpfen. -ert

Höchster Mitgliederstand bei der IG Metall

Die Industriegewerkschaft Metall genießt in der Arbeiterschaft der Bundesrepublik zunehmendes Vertrauen, was in steigenden Mitgliederzahlen zum Ausdruck kommt. Nach neuesten Veröffentlichungen der IG Metall hat die Gewerkschaft am Ende des ersten Halbjahres mit 2.161.967 Mitgliedern den höchsten Mitgliederstand ihrer 80jährigen Geschichte erreicht. Die Zunahme betrug im zweiten Quartal 12.603 Mitglieder, nachdem bereits das erste Quartal einen starken Mitgliederzugang gebracht hatte. Die IG Metall wird das in sie gesetzte Vertrauen erneut in der jetzt angelauten Lohn- und Gehaltsbewegung durch erfolgreichen Kampf zu rechtfertigen haben.

Neuer Manteltarifvertrag für Waldarbeiter

Am 1. Januar 1971 tritt ein neuer Manteltarifvertrag für die Forstarbeiter der Bundesländer in Kraft. Die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder liefen seit dem Frühjahr 1969. Einige Verhandlungsergebnisse, zum Beispiel die Arbeitszeitverkürzung auf 42 Stunden, die Verbesserung der Alterszulage und der Krankenbezüge, wurden während der laufenden Verhandlungen schon vorzeitig in Kraft gesetzt. Zu den sozialen Verbesserungen gehören: Unkündbarkeit der Stamarbeiter nach 20 Beschäftigungsjahren, Verbesserung der sogenannten kleinen Schlechtwetterregelung und spürbare Abschwächung der negativen Folgen von Arbeitslosigkeit im Winter.

Forderungen in der Papiererzeugung von über 15 Prozent Manteltarifverträge in der Chemieindustrie gekündigt

Für eine kräftige Erhöhung ihrer Löhne und Gehälter rüsten sich die 76 000 Beschäftigten in der papiererzeugenden Industrie der Bundesrepublik zum Kampf. Die Tarifkommissionen haben in den einzelnen Tarifbezirken die Verträge zum 31. August gekündigt und lineare Pfennigforderungen in unterschiedlicher Höhe gestellt. Zum Teil gehen die Forderungen erheblich über 15 Prozent hinaus, je nach der spezifischen Lage in den Bezirken. Generell fordert die IG Chemie in allen Bezirken die tarifliche Festlegung eines 13. Monateinkommens für Arbeiter und Angestellte.

Im Tarifbezirk Westfalen zum Beispiel wird eine lineare Tarifierhöhung um effektiv 66 Pfennig pro Stunde verlangt. Außerdem sollen im Wege der Voraberhöhung weitere 33 Pfennig vereinbart werden. Nordrhein fordert eine Tariflohnerhöhung um linear 75 Pfennig und der Lohngruppe II um zusätzlich 50 Pfennig. Die Gehälter sollen um 130 DM monatlich steigen. Im Tarifbereich Hessen werden linear 58 Pfennig bzw. 100 DM gefordert; in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg hat die Gewerkschaft für alle Lohngruppen einheitlich eine Erhöhung um 70 Pfennig angemeldet. Im Durchschnitt aller Lohngruppen sind das etwa 17,25 Prozent. Ähnlich lauten auch die Forderungen in anderen Tarifbereichen.

Neben der Kampagne für höhere Löhne und Gehälter in der papiererzeugenden Industrie hat die IG Chemie-Papier-Keramik eine Bewegung für die Verbesserung des Manteltarifvertrages in der chemischen Industrie eingeleitet. Die Manteltarifkommissionen für Arbeiter und für Angestellte haben am 12. August in einer gemeinsamen Sitzung vier Forderungen beschlossen:

1. Anstelle der bisherigen getrennten Manteltarifverträge für Arbeiter und für Angestellte soll ein gemeinsamer Manteltarifvertrag erstellt werden.

2. Aus den bisherigen Manteltarifverträgen sollen die allgemeinen Lohn- bzw. Gehaltsbestimmungen herausgenommen werden.

3. Alle anderen Manteltarifbestimmungen sollen nach Zusammenfassung in einem gemeinsamen Vertrag für Arbeiter und Angestellte zunächst unverändert mit einer Laufdauer bis zum 31. Dezember 1971 wieder in Kraft gesetzt werden.

4. Weiterhin wünscht die IG Chemie Verhandlungen über ein einheitliches Schieds- und Schlichtungsabkommen.

Der Hauptvorstand der IG Chemie hat inzwischen die Manteltarifverträge zum Jahresende 1970 gekündigt. Die Kündigung berührt die Interessen von über 600 000 Arbeitern und Angestellten in der chemischen Industrie, die aufgerufen sind, die Verhandlungsposition ihrer Gewerkschaft mit den nötigen Aktionen zu stärken. K. K.

Gewerkschaft Holz: 15 Prozent

Ebenso wie die IG Metall hat auch der tarifpolitische Ausschuss der Gewerkschaft Holz und Kunststoff beschlossen, eine Erhöhung der Löhne und Gehälter für die Beschäftigten in der Holzbe- und -verarbeitung sowie im Tischlerhandwerk um 15 Prozent zu fordern. Die Lohnbewegung läuft in den Tarifbezirken Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein an. Die Tarifverträge wurden zum 30. September 1970 gekündigt.

Wie ein Hamburger Mitglied des tarifpolitischen Ausschusses der Gewerkschaft Holz gegenüber NACHRICHTEN erklärte, wurde in der Ausschusssitzung am 28. August harte Kritik an der Preispolitik in der Bundesrepublik geübt. Die Gewerkschafter fordern eine deutliche Steigerung des Lebensstandards der Arbeiter und An-

gestellten in der Holzindustrie, zu der die bevorstehende Tarifbewegung beitragen soll. In diesem Industriezweig, aber auch im Tischlereihandwerk, sei 1969/70 die Auftrags- und Gewinnentwicklung ungewöhnlich gut gewesen. Der tarifpolitische Ausschuss beschloß ferner, in solchen Tarifgebieten die Vereinbarung eines bezahlten Bildungsurlaubs zu fordern, in denen entsprechende Abschlüsse noch nicht erreicht wurden.

Die Lohn- und Gehaltsforderung von 15 Prozent entspricht völlig den Vorstellungen und Bedürfnissen der Holzarbeiter. Gleichzeitig und gemeinsam mit den Metallarbeitern wird es unter Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfentschlossenheit möglich sein, die berechnete Forderung voll durchzusetzen. K. Kilian

„Auf Kriegsfuß mit Schiller“ ist in Nr. 17 von „druck und papier“, dem Zentralorgan der gleichnamigen Gewerkschaft, ein Artikel des Gewerkschaftsvorsitzenden Leonhard Mahlein überschrieben. Entsprechend ist der Inhalt des zweiseitigen Aufsatzes, der den ganzen Zorn und die Enttäuschung der Gewerkschafter über die Politik des einstigen Wunderministers sichtbar macht.

Mahlein nimmt die Lohnsteuervorauszahlung, den Preis- und Mietenwucher, die gleichzeitige Profitexplosion bei den Unternehmern, die neuen Schillerschen Orientierungsdaten und die Solidarität des Ministers mit der Unternehmerschaft gegen die gewerkschaftlichen Lohnforderungen zum Anlaß, um seinem sozialdemokratischen Parteigenossen Schiller und mit ihm der Regierung, die ihn deckt, einige Wahrheiten zu sagen. Der Bundeswirtschaftsminister müsse sich endlich von der These: „Die Löhne sind an allem schuld, von den Gewinnen reden wir nicht“ befreien.

Mahlein lehnt Orientierungsdaten, die sich in der Praxis nur gegen die Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften richten, nachdrücklich ab. Es sei bedauerlich, daß ein sozialdemokratischer Wirtschaftsminister, obwohl er genau wisse, daß der Verteilungsanspruch der Gewerkschaften berechtigt sei, dies nicht klar und deutlich bestätige. Ein Bundeswirtschaftsminister „sollte vorrangig das Wohl der arbeitenden Menschen, also das Wohl der Mehrheit des Volkes, im Auge behalten“.

Der Vorsitzende der IG Druck und Papier verweist auf das wachsende Unbehagen bei vielen Gewerkschaftern über die „einseitigen Ergebnisse“ der sogenannten konzertierten Aktion. Die Gewerkschaft werde die Tätigkeit und die Ergebnisse der konzertierten Aktion weiterhin aufmerksam prüfen. Mahlein erinnert in diesem Zusammenhang an die vom 8. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier angenommene Entschließung Nr. 2, die es zu beachten gelte und in der es heißt: „Sollten sich Unternehmer und Bundesregierung wolgern, trotz der guten Konjunkturlage unverzüglich an der Realisierung der unabdingbaren Grundsätze einer sozialen Symmetrie mitzuwirken, dann ist es den Gewerkschaften nicht länger möglich, durch Teilnahme an konzertierten Verhandlungen die Mitverantwortung für arbeitnehmerfeindliche Entwicklungen zu tragen. Dann wird der Austritt aus der konzertierten Aktion unausweichlich.“

Offenkundig reißt eine solche Situation, bedingt durch das wirtschafts- und sozialpolitische Verhalten der Bundesregierung, jetzt heran. -le-

69er DGB-Erklärung aktuell

DGB-Vorschläge an Regierung Brandt/Scheel verwirklichen Vor einem Jahr formulierten Gewerkschaften ihre Forderungen

Am 22. Oktober 1969, nachdem die Regierung Brandt/Scheel ihr Amt angetreten hatte, wurde Kanzler Brandt die „Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Bundesregierung“ übergeben. Damit hatte der DGB im Namen von über 80 Prozent unserer Bevölkerung der von der SPD geführten Regierung eine Orientierungshilfe von programmatischer Bedeutung zugeleitet. Das Regierungsmonopol der CDU/CSU war gebrochen. Das schuf eine neue Lage für die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften. Es ist das Verdienst des Bundesvorstandes des DGB und seines Vorsitzenden H. O. Vetter, ein aktuelles Programm des DGB bekanntgegeben zu haben, das zum Regierungsprogramm des neuen SPD-Kanzlers Brandt hätte werden sollen.

Der DGB ging bei seiner Erklärung davon aus, daß die neue Bundesregierung die Belange der Arbeiter, Angestellten und Beamten stärker als in der Vergangenheit bei den CDU/CSU-Regierungen berücksichtigen sollte. Eindrucksvoll steht in der Erklärung, daß eine lebendige Demokratie in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einziehen müsse, der soziale Rechtsstaat gemäß Verfassungsauftrag zu verwirklichen und „der Frieden durch wirksame Beiträge zur internationalen Entspannung und zur Völkerverständigung zwischen Ost und West“ zu sichern sei. Unter ausdrücklicher Berufung auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung der BRD und eine auf Demokratie und Frieden gerichtete Politik hat der DGB seine einzelnen Forderungen, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betreffen, an die Regierung Brandt/Scheel gerichtet.

Es ist sicher heute zeitgemäß, daran zu erinnern, daß der DGB der neuen Regierung keine Blanco-Vollmacht gegeben hat, denn nur „eine Bundesregierung, die bereit ist, diesen Weg (der Vorschläge des DGB, d. Verf.) entschlossen zu beschreiten und sich entsprechend der stürmischen Veränderungen unserer Welt zu fortschrittlichen Vorstellungen bekennt, ist der Unterstützung der deutschen Gewerkschaften sicher“.

Angesichts des Zusammenschlusses der Rechtskräfte und solcher reaktionärer Schlüsselfiguren wie Strauß, Guttenberg, Kiesinger und Barzel wird es für die von Brandt geführte Regierung immer mehr zu einer Existenzfrage, sich der Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung zu versichern. Gerade das aber ist die schwache Seite der Regierung, die jetzt bald ein Jahr im Amt ist.

Die innere Entwicklung der Bundesrepublik ist für die Arbeiter und ihre Gewerkschaften eine einzige Enttäuschung. Gerade jetzt, da durch den Abschluß des Moskauer Vertrages die Regierung rücksichtslos, hemmungslos und demagogisch attackiert wird, können die Forderungen des DGB vom 22. Oktober 1969 an die Regie-

rung zu der einigenden Plattform aller demokratisch und klassenmäßig eingestellten Kräfte unserer Bevölkerung werden. Darum gilt es jetzt durch gemeinsame Anstrengungen der Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten, die bis heute gezeigte Mißachtung der von der SPD geführten Regierung gegenüber dem Regie-

Diskussion über DGB-Erklärung vom 22. 10. 1969

Seit knapp einem Jahr ist die reaktionäre CDU/CSU von der Regierungsverantwortung verdrängt. Die SPD/FDP-Regierung hat nunmehr Gelegenheit, eine alternative Politik zu praktizieren. Aber geschieht das bereits zur Genüge und im Interesse der werktätigen Bevölkerung? Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat am 22. Oktober 1969 die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in einer Erklärung an die Bundesregierung gerichtet. Diese Forderungen sind heute aktueller denn je. Mit der Notwendigkeit, sie mit gewerkschaftlichen Machtmitteln durchzusetzen, beschäftigt sich dieser Beitrag von Josef Ledwohn.

Wir bitten alle Leser von NACHRICHTEN, sich an einer Diskussion über den aktuellen Wert der DGB-Erklärung vom 22. Oktober 1969 zu beteiligen und insbesondere Möglichkeiten und Wege für die Durchsetzung der darin enthaltenen Forderungen aufzuzeigen. Der Wortlaut der DGB-Erklärung an die Bundesregierung ist in dem Taschenbuch „Dokumente der Gewerkschaften“ enthalten, das jetzt in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH. erschienen ist und zum Preis von 4,50 DM bezogen werden kann.

rungsprogramm-Vorschlag des DGB zu überwinden. So würde sich für die Brandt/Scheel-Regierung die Chance ergeben, gemeinsam mit den Gewerkschaften das Rechtskartell zu zerschlagen und einer demokratischen Entwicklung den Weg zu bahnen.

Für eine solche Wende in der Regierungspolitik bietet der Teil „Allgemeine Gesellschaftspolitik“ eindeutige Handhaben, wenn es dort heißt: „Um die einseitige und ungerechte Herrschaftsstruktur in der Wirtschaft zu

beseitigen, bedarf es der gleichberechtigten Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei allen Entscheidungen.“ — „Einseitige und ungerechte Herrschaftsstruktur“, das ist eine richtige und klassenmäßige Feststellung und Kritik zugleich. Es wird sicher die Zustimmung der Gewerkschafter finden, wenn gesagt wird, daß damit der schrankenlosen Macht der Konzerne ein prinzipieller Kampf angesagt wird

In der Tat, die hundert größten Aktiengesellschaften, ihre Macht in Wirtschaft und Gesellschaft, prägen der „Herrschaftsstruktur“ ihren Stempel auf. Diese Struktur ist einseitig, denn sie sichert einer verschwindend kleinen gesellschaftlichen Schicht die ökonomische und politische Macht, sie maßt sich an, die Elite der Gesellschaft zu sein. Sie ist ungerecht, denn sie ermöglicht den Millionären und Milliarden Profite in nie dagewesenem Maße und macht gleichzeitig die soziale Existenz der Arbeiter und Angestellten unsicher, schließt sie von einer gleichberechtigten Teilnahme am schnell wachsenden gesellschaftlichen Reichtum aus.

Darum wäre das erste Erfordernis im Sinne eines „sozialen Rechtsstaates“ der entschlossene Kampf zur Einschränkung der Willkürherrschaft der großkapitalistischen Monopole.

Wenn Heinz Oskar Vetter, der Vorsitzende des DGB, über die Funktion des Staates im allgemeinen auch unklare und verschwommene Vorstellungen hat, so hat er doch Recht, wenn er auf der Tagung „Gewerkschaftstheorie heute“ im März 1970 in Bad Kreuznach unterstrich, daß die Ge-

Werkschaften sich kritisch mit den bestehenden gesellschaftlichen Zuständen auseinandersetzen müssen, um „zielgerecht zu verändern“. In diesem Zusammenhang spricht Vetter von einer neuen unheilvollen „Allianz restaurativer Kräfte aus Wirtschaft und Politik mit überholten Ordnungsvorstellungen und einer überholten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“.

Es entspricht völlig der programmatischen Erklärung des DGB vom 22. Oktober 1969, wenn Vetter in seinem Vortrag zur „Gewerkschaftstheorie heute“ feststellt, „immer noch klafft eine tiefe Lücke zwischen Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit“. Und weiter, die „Gewerkschaften haben wiederholt mit allem Nachdruck die gesellschaftspolitischen Forderungen erhoben, den in unserem Grundgesetz festgelegten sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen“.

So ist es nur folgerichtig, wenn es in jenem Dokument des DGB vom 22. Oktober heißt, es bedürfe der gleichberechtigten Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei allen Entscheidungen. „Das erfordert: Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen der Wirtschaft..., Verwirklichung der Mitbestimmung auch im gesamtwirtschaftlichen Bereich.“

Für eine demokratische Gesellschaftspolitik werden solche aktuellen Forderungen erhoben wie Reform der Justiz, Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre, Herabsetzung des Wehrdienstes und Stärkung des demokratischen Bewußtseins unserer Bevölkerung. Angesichts der Offensive der ultrareaktionären Kräfte von Strauß bis Guttenberg erhält die Bereitschaft zur Verstärkung des Kampfes gegen alle antidemokratischen Kräfte und die Forderung nach dem Verbot der NPD ein großes politisches Gewicht.

So zeigt sich, daß die Machtkonzentration des Großkapitals und seine demokratiefeindliche Haltung in den Gewerkschaften die Erkenntnis stärkt, mit einem eigenen Programm den Kampf um einen demokratischen Kurs in der Bundesrepublik zu führen. Die Erfahrungen auch des letzten Jahres beweisen, daß trotz einer sozialdemokratisch geführten Regierung die Wirtschaftspolitik zugunsten der großen Monopole gemacht wird. Die Teuerungswelle und der Mietwucher bei gleichzeitigen Höchstprofiten der Großunternehmer zeigen, daß neben dem politischen Angriff der Rechten auch auf ökonomischem Gebiet das Großkapital die Interessen des werktätigen Volkes angreift.

Es ist höchste Zeit, daß sich die Arbeiter, aber auch die Gewerkschaften selbst, auf das besinnen, was der DGB am 22. Oktober 1969 von der Regierung forderte: „Stabilisierung des Preisniveaus bei ständigem Wirt-

schaftswachstum“, „spürbare Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmer an der Vermögensbildung der Volkswirtschaft“. Die gegenwärtigen Bedingungen der Hochkonjunktur ermöglichen es, eine ins Gewicht fallende spürbare Steigerung der effektiven Verdienste der Arbeiter und Angestellten auf breiter Front durchzusetzen.

Der DGB war im Herbst 1969 gut beraten, in seiner Grundsatzklärung und seiner „Zielprojektion“ gerade dafür deutliche Richtpunkte zu setzen. Die Wirtschaftspolitik der Regierung widerspricht aber dieser Zielsetzung. Um so notwendiger ist es, die eigenen Grundsätze und Zielvorstellungen mit einer offensiven gewerkschaftlichen Lohnpolitik durchzusetzen.

Die Vorschläge des DGB zu Beginn der sozialdemokratisch geführten Regierung zur „Wirtschafts- und Finanzpolitik“, „Sozialpolitik“, „Altersversicherung“, „Krankenversicherung“, zum „Familienlastenausgleich“, zur „Arbeitsmarktpolitik“, „Arbeitslosenversicherung“, „Arbeitssicherheit“, zum „Arbeitsrecht“ und zur „Bildungspolitik“ bieten ein eindrucksvolles Bild detaillierter Forderungen



Textil: Neuordnung der Beiträge und Unterstützungen

Die DGB-Gewerkschaft Textil-Bekleidung veranstaltet am 17. und 18. September in Düsseldorf einen außerordentlichen Gewerkschaftstag. Die 206 Delegierten des Westberliner ordentlichen Gewerkschaftstages von 1968 werden über die Neuordnung des Beitrags- und Unterstützungswezens beschließen.

Das Beitragsniveau soll nach dem Vorschlag des Hauptvorstandes der Gewerkschaft von gegenwärtig 1,5 Prozent des monatlichen Bruttoverdienstes auf 1 Prozent gesenkt werden. Gleichzeitig sind jedoch verbesserte Unterstützungssätze bei Streiks, Kur- und Heilverfahren, längerem Krankenhausaufenthalt und im Sterbefall vorgesehen. Außerdem empfiehlt der Hauptvorstand die Einführung einer Freizeit-Unfallversicherung und einer Familien-Rechtsschutzversicherung.

So ungewöhnlich die Leistungsverbesserung bei sinkenden Beiträgen auch erscheint — die Gewerkschaftsführung erwartet dennoch eine Verbesserung der Finanzlage. Da die von der Masse der 310 000 Mitglieder gezahlten Beiträge zur Zeit oft erheblich unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegen, stellt die Senkung der Beitragshöhe weniger einen Einnahmeverlust als vielmehr eine Angleichung an die tatsächliche Lage dar.

zur Verbesserung des täglichen Lebens der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Es ist noch auf den Schlußteil „internationale Politik“ zu verweisen, wo praktisch der Rüstungs- und NATO-Politik von Adenauer bis Kiesinger eine Absage erteilt wird. Die Verbesserung der Beziehungen zu den Staaten im Osten, Abrüstung und Verzicht auf atomare Waffen sind zwar wenig präzise formuliert, aber doch Richtpunkte, die für eine friedliche Außenpolitik real und akzeptabel sind.

Die Vorschläge des DGB vom 22. Oktober 1969 sind in ihrer Gesamtheit ein Spiegelbild der Forderungen der über 22 Millionen lohnabhängigen Menschen in der Bundesrepublik. Es wäre völlig verfehlt, etwa anzunehmen, das seien nur unverbindlich geäußerte Wünsche. Gerade in den letzten Wochen und Monaten haben in Hunderten Betrieben die Arbeiter für solche Forderungen den Kampf aufgenommen, gestreikt und sie auch teilweise durchgesetzt. Die sozialen Konflikte in den Betrieben haben sich nicht gemildert, wie das immer wieder den Gewerkschaften als Aufgabe empfohlen wird, sondern verschärft. Geschärft wurde auch der Blick vieler Arbeiterfunktionäre, von Vertrauensleuten und Betriebsräten, den Klassengegner genauer zu erkennen.

Wenn vor einem Jahr, im September 1969, jäh eine Streikwelle die herrschenden Kräfte in der Bundesrepublik erschreckte und die steil ansteigende Kampfbereitschaft und betriebliche Aktivität den Arbeitern und Angestellten schnell merkliche Fortschritte brachten, so zeigen die Ereignisse seit Beginn dieses Jahres, daß die September-Aktionen keine zufällige Episode waren, sondern die Kampfientschlossenheit der Arbeiter und Angestellten wächst. Sie erweist sich als eine Notwendigkeit, um die soziale Existenz angesichts der Machtzusammenballung des Großkapitals in immer größeren Konzernen und angesichts der Konzentration der reaktionären Kräfte im Rechtskartell zu behaupten.

Die Erklärung des DGB vom 22. Oktober 1969 muß gerade in diesem Zusammenhang als reales Kampfprogramm gesehen werden, um in der Zeit einer sozialdemokratisch geführten Regierung den sozialen und demokratischen Aufgaben der Gewerkschaften gerecht zu werden. Im Lichte der Forderungen dieses Programms bekommt die Feststellung von Heinz-Oskar Vetter auf der theoretischen Konferenz in Bad Kreuznach einen realen Sinn: „Alle Strukturen, die für den einen das ausschließliche Verfügungsrecht und für die anderen die widerspruchslose Unterordnung kennen, passen nicht mehr in unsere Zeit und müssen endlich überwunden werden.“

J. Ledwohn

NGG-Kongreß widersprüchlich

Mit Außenpolitik konform, kontra in Wirtschaftsfragen Aufmarsch der SPD-Prominenz auf dem Gewerkschaftstag

Die 243 000 Mitglieder zählende Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten (NGG) begann am 6. September 1970 in West-Berlin ihren 6. ordentlichen Gewerkschaftstag. Der bei Redaktionsschluß noch andauernde Kongreß — er endete am 11. 9. — war noch vor Behandlung der 244 Anträge von zwei bemerkenswerten Tendenzen gekennzeichnet: Absolute Synchronisation mit der Außenpolitik der Bundesregierung und der SPD-Führung auf der einen und teilweise scharfe Kritik an der Bonner Innen-, vor allem der Wirtschaftspolitik auf der anderen Seite. Ferner standen bei der Behandlung der Geschäftsberichte Probleme der Mitbestimmung, der Tarifpolitik, der beruflichen Bildung und der Mitgliederwerbung im Mittelpunkt der Erörterungen.

Die Übereinstimmung des Gewerkschaftstages mit der Außenpolitik der Bundesregierung dokumentiert sich darin, daß die vom Bundeskanzler Brandt sowie den Ministern Schmidt und Arendt in langen Reden dargelegte Linie auf diesem Gebiet hingenommen wurde, ohne daß man eine eigene gewerkschaftliche Konzeption entwickelte. Weder die jetzt dringliche Ratifizierung des Moskauer Vertrages noch die vom DGB-Bundesvorstand erhobene Forderung, dem Vertrag Abrüstungsmaßnahmen folgen zu lassen, war Gegenstand des Gewerkschaftstages. Das veranlaßte den Delegierten Arno Völkerath aus Stuttgart — selbst Mitglied der SPD — zu der Feststellung, der NGG-Kongreß 1970 komme eher einem SPD-Parteitag gleich als einem Gewerkschaftstag. Viele Delegierte waren empört, daß der Diskussionsbeitrag ihres Kollegen Völkerath zu den Geschäftsberichten mitten im Wort vom Präsidium unterbrochen wurde, um Verteidigungsminister Schmidt sprechen zu lassen.

Allerdings hatte Schmidt — erstmals sprach ein Verteidigungsminister auf einem Gewerkschaftstag — zu der von ihm betriebenen verstärkten Aufrüstung nichts zu sagen, dafür machte er in den Fragen der Mitbestimmung und des Bildungswesens demagogische Versprechungen. Andererseits erwähnte der dafür zuständige Bundesarbeitsminister Arendt die von der NGG geforderte Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung in seiner Rede mit keiner Silbe.

Es zeigten sich trotz zur Schau gestellter verbaler Übereinstimmung des Hauptvorstandes mit der Politik der Bundesregierung nicht zu übersehende Divergenzen. Der 1. NGG-Vorsitzende, Herbert Stadelmeier, äußerte, daß die von der Bundesregierung beschlossene Erhöhung der Lohnsteuern nicht den Beifall der Gewerkschaften gefunden habe. Er bezeichnete diese Maßnahme „angesichts des im vergangenen Jahr entstandenen Lohnrückstandes für sozial ungerechtfertigt“. Zugleich forderte er, den Preissteigerungen den Kampf anzusagen und erwartete von der Regierung Maßnahmen gegen die Grundstücksspekulanten und Wohnungsvermieter.

Stadelmeier ließ auch keinen Zweifel, wer jene sind, die die Preise in die Höhe treiben. „Das sind diejenigen, die als Eigentümer oder Verfügungsberechtigte über Produktionsmittel die Marktchancen rücksichtslos ausnutzen und die Preisschraube dadurch immer höher drehen... Zu viele von ihnen sind ausschließlich profitorientiert und wollen ihre überhöhten Gewinnmargen ohne Rücksicht auf Verluste anderer konservieren.“

Stadelmeier wies nach, daß „wirtschaftliche und damit auch politische Macht sich einseitig bei den Unternehmensleitungen zusammenballt“. Dieser Prozeß sei auch im Bereich der NGG festzustellen. So haben sich die Dortmunder Union-Brauerei mit Schultheiß und der Henninger Brauerei zu einer mächtigen Gruppe zusammengeschlossen, und im Tiefkühlkost- und im Speiseeisbereich gründeten die Supergiganten Unilever und Nestlé eine neue Firma. Im Fischfang sowie der -verarbeitung geht Unilever mit dem Oetker-Konzern zusammen. Die Konsequenz daraus sehe die NGG, sagte Stadelmeier, in der Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung als

Lohnbewegung im Kali- und Braunkohlenbergbau

Die große Tarifkommission für den Kali- und Steinsalzbergbau der Bundesrepublik hat für die rund 12 500 Beschäftigten zum 30. September die Lohn- und Gehaltstarifverträge gekündigt. Sie forderte die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 12,5 Prozent und der Nachtschichtzulage um 50 Prozent von 4,40 auf 6,60 DM.

In einer gemeinsamen Sitzung haben der Bezirksvorstand Köln der IG Bergbau und Energie, die Bezirksdelegierten und der Hauptvorstand der Bergarbeitergewerkschaft beschlossen, die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die 16 000 Beschäftigten im rheinischen Braunkohlenbergbau fristgerecht zum 1. Dezember 1970 zu kündigen. Über die Höhe der Forderungen wird die Tarifkommission beschließen.

einer „entscheidenden gesellschaftspolitischen Aufgabe“.

In diesem Zusammenhang ist es nur zu verständlich, wenn der schon zitierte Delegierte Völkerath an die SPD die Frage stellte: „Wo ist die Vehemenz der Partei (SPD) in der Frage der Mitbestimmung geblieben? Wurde der Schlüssel zu der Schublade verlegt, in der der Gesetzentwurf zum Ende der Legislaturperiode 1969 verschwunden ist?“ Weiterhin kritisierte er, daß führende Gewerkschafter wie Seibert, Stenger, Neemann, Matthöfer und auch Biermann von der NGG im Bundestag „nichts getan haben, um die Erwartungen der Arbeitnehmer zu erfüllen“ und fuhr wie folgt fort: „Nicht Worte, sondern Aktionen sollen und müssen die Konsequenzen der letzten Monate sein, auch gegen eine von der SPD geführte Regierung. Rücksichtnahme ist Schwäche... In diesem Staat (sind) ohne Druck auf den Gesetzgeber keine gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder arbeitsrechtlichen Fortschritte zu erreichen“.

Die unzureichende Orientierung auf kämpferische Auseinandersetzungen wurde von mehreren Diskussionsrednern auch als wesentliche Ursache für den Mitgliederrückgang in der NGG angesehen. Die Delegierte Anneliese Michels aus Köln forderte, von dem Wort Partnerschaft abzugehen, weil es angesichts der Machtverhältnisse die Arbeiter nur vernebelt. Die nicht vorhandene Partnerschaft zeige sich vor allem in der nicht erfüllten Forderung nach gleichem Lohn für die Frauen, die im Bereich der NGG die Mehrheit der Beschäftigten stellen.

Neben Kritik an der rückständigen Berufsausbildung herrschte auf dem Gewerkschaftstag bei vielen Delegierten und Gastdelegierten Unmut, daß die jugendlichen Mitglieder unterrepräsentiert waren. Obwohl von den Mitgliedern der NGG 9 Prozent unter 21 Jahre alt sind, waren von den 192 Delegierten nur 4 jünger als 30 Jahre.

Der bisherige 1. Vorsitzende, Herbert Stadelmeier (170 von 192 Stimmen) und 2. Vorsitzende, Günter Döding (183), wurden wiedergewählt, ebenso das bisherige Vorstandsmitglied Willy Sprenger (182). Neu in den geschäftsführenden Hauptvorstand kamen Ruth Köhn (147) und Wolfgang Weber (109) als Hauptkassierer. Letzterer war entgegen dem Vorschlag des Hauptvorstandes gewählt worden, dieser hatte Oskar Genzberger empfohlen, der mit 81 Stimmen unterlag. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Elisabeth Ostermeier und Gustav Fink sind wegen Erreichens der Altersgrenze ausgeschieden.

NACHRICHTEN bringen in der Oktober-Ausgabe weitere Informationen vom NGG-Gewerkschaftstag und eine Wertung des Referates des DGB-Vorsitzenden Vetter zu dem Thema „Gewerkschaften in der Gesellschaft — Dienstleistungsbetrieb oder Kampforganisation?“ Werner Petschick

Zum 31. Male jährte sich am 1. September der Tag, an dem die Hitler-Wehrmacht Polen überfiel und der zweite Weltkrieg begann. Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik haben diesen Tag vor Jahren zum Antikriegstag erklärt und unterstreichen aus diesem Anlaß mit verstärkter Aktivität ihren Willen, einen Beitrag zur Friedenssicherung und zur Verständigung zwischen den Völkern zu leisten.

Auf einer Gedenkveranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 1. September in Düsseldorf erklärte das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes Franz Woschek in diesem Zusammenhang, der DGB begrüße das Moskauer Gewaltverichtsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Der Gewerkschaftsbund sehe in dem Abkommen die Chance, zu einem normalen Verhältnis zu allen sozialistischen Ländern, einschließlich der DDR, zu kommen. Der Vertrag biete ferner die Grundlage, „auch seitens der Bundesrepublik Deutschland beachtliche Beiträge zur Verminderung der Rüstung in Europa zu leisten“.

Zur Rüstungsfrage sagte Woschek unter Bezugnahme auf eine Entscheidung des DGB-Bundesjugendausschusses, daß Produktionspläne ausgearbeitet werden müßten, die eine Umstellung der westdeutschen Rüstungsproduktion auf zivile Erzeugnisse ermöglichen könnten. Die Bundesregierung solle künftig die Vergabe von Rüstungsaufträgen mit der Verpflichtung verknüpfen, aufgrund von Marktanalysen alternative Produktionsplätze für den Fall zu erstellen, daß Rüstungskapazitäten nicht mehr gebraucht werden.

Ihren Willen zur Entspannung und zum Frieden bekundeten anläßlich der Wiederkehr des Jahrestages des Kriegsbeginns 6000 Teilnehmer einer Gedenkveranstaltung auf dem Ehrenfriedhof in Stukenbrock, wo 65 000 sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter bestattet sind. Unter dem Motto „Blumen für Stukenbrock“ hatte ein Kuratorium demokratischer Persönlichkeiten diese Manifestation zur Verständigung zwischen den Völkern der Bundesrepublik und der Sowjetunion organisiert. Einer der Redner war der stellvertretende DKP-Vorsitzende Herbert Mies.

Die Veranstaltung in Stukenbrock wurde vom Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen der DKP in einer Erklärung als Ausdruck für das Bestreben breiter Kreise unserer Bevölkerung gewertet, dem Frieden und der europäischen Sicherheit einen Schritt näher zu kommen. In dieser Frage treffen sich die Interessen aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik.

Sb.

IG Metall berät die Probleme berufstätiger Frauen Aufgaben gewerkschaftlicher Frauenpolitik

Es sind zumeist immer die spezifischen Frauenkonferenzen der Gewerkschaften, die das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die Lage der berufstätigen Frauen lenken. Dennoch geht das alle an. Alle Gewerkschafter, Arbeiter, Angestellten und Beamten sind verpflichtet, sich solidarisch zu erklären mit den weiblichen Beschäftigten und gemeinsam mit ihnen für die Verwirklichung ihrer berechtigten Forderungen einzutreten. Mit diesem Anliegen wird sich am 24. und 25. September auch die 7. Frauenkonferenz der IG Metall in Dortmund beschäftigen. Wie schon in Nr. 8/70 bringen wir nachstehend aus diesem Anlaß einen weiteren Beitrag zur gesellschaftlichen Lage der Frauen in der Bundesrepublik und zu den Problemen und Aufgaben gewerkschaftlicher Frauenpolitik.

Von den 9,6 Millionen erwerbstätigen Frauen in der Bundesrepublik sind 5,3 Millionen verheiratet, davon wiederum haben 2,4 Millionen Mütter 4 Millionen Kinder unter 16 Jahren zu versorgen. Eine Untersuchung hat ergeben: 53 Prozent aller erwerbstätigen Mütter müssen Geld verdienen, weil das Einkommen des Mannes nicht ausreicht. 50 Prozent der Ehepaare mit Kindern unter 15 Jahren verfügen über ein monatliches Nettoeinkommen bis zu 600 DM, 40 Prozent haben 600 bis 800 DM.

Diese Zahlen lassen einen Notstand offenbar werden, sind aber gleichzeitig eine Anklage gegen den Gesetzgeber sowie die Wirtschaftsbesse, die an der Arbeitskraft der Frau zwar verdienen, aber keine durchgreifenden Maßnahmen zur Verringerung ihrer Belastungen einleiten. So fehlen nach wie vor Kindergärten. Etwa 14 000 Kindergärten mit knapp 900 000 Plätzen können noch nicht einmal ein Drittel aller Drei- bis Sechsjährigen aufnehmen. Jedes 20. westdeutsche Kind hat überhaupt keine Chance, im Freien zu spielen (Stern 25/1969)! Es fehlen Ganztagschulen und es fehlen genügend familiengerechte Wohnungen zu tragbaren Mieten.

Das Mutterschutzgesetz bedarf dringend einer Ergänzung durch solche Bestimmungen wie die Ausdehnung der Schutzfrist, das absolute Beschäftigungsverbot während der Schutzfrist vor der Entbindung, das ausnahmslose Akkord- und Fließbandarbeitsverbot; Gewährung eines Sonderurlaubs unter Fortzahlung des Arbeitsentgeltes nach der Schutzfrist und Sicherung eines gleichwertigen Arbeitsplatzes; Verlängerung der Kündigungsfrist nach der Entbindung bei Inanspruchnahme eines Sonderurlaubs.

In Gewerkschaftskreisen ist man der Meinung, daß für die jungen Mütter ein bezahlter Karenzurlaub von 18 Monaten gewährt werden mußte. Nach pädagogischen Gesichtspunkten braucht der Säugling für seine Entwicklung für einen solchen Zeitraum eine ständige Bezugsperson. Wenn es sich die Gesellschaft leisten kann, die

jungen Männer 18 Monate in der Bundeswehr von einer produktiven Arbeit fernzuhalten und dafür unsere Steuergelder verwendet werden, dann müssen erst recht ausreichende Mittel für die Erziehung unserer Kinder vorhanden sein.

Für die berufstätige Frau wirkt sich die Erkrankung eines Familienangehörigen geradezu katastrophal aus. Eine Freistellung bei angemessener Entschädigung ist daher eine dringende Forderung. Die Kostenrechnung für die in einer Betriebsvereinbarung bei Schaub-Lorenz festgelegte Freistellung betrug etwa 0,001 Prozent der gesamten Lohnsumme und beweist die generelle Realisierbarkeit einer solchen Forderung. Eine entsprechende gesetzliche Regelung würde auch im Sinne des Grundgesetzes Art. 6 sein, der den besonderen Schutz der Familien vorsieht.

Um eine weitere Benachteiligung der erwerbstätigen Frauen bei ihrem späteren Rentenbezug auszuschalten, müssen die Ausfallzeiten für die Kindererziehung angerechnet werden. In der DDR ist diese Regelung schon längst selbstverständlich. Weil in der Bundesrepublik nicht genügend Kindergärten und Ganztagschulen vorhanden sind, verlängern sich diese Ausfallzeiten für die Frauen ungewollt noch um etliche Jahre, die dann später bei der Rentenberechnung fehlen.

Vom Gesetzgeber wird auch die ersatzlose Streichung des Paragraphen 1356 im BGB verlangt, der noch aus Kaiser Wilhelms Zeiten stammt. Er gestattet einer verheirateten Frau nur dann eine Erwerbstätigkeit, wenn es mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist.

Eine ganze Palette von Forderungen bezieht sich auf den Gesundheitsschutz. Das alarmierende Ergebnis einer Untersuchung von 31 000 Versicherten im baden-württembergischen Raum, wonach jeder 5. Untersuchte sanatoriumsreif ist, muß vor allem das Gesundheitsministerium auf den Plan rufen. Dabei genügt es nicht, auf

Die mit der Neuorganisation der Bundespost zusammenhängenden Fragen sowie die Überprüfung des Beitragswesens und die Einführung einer Freizeit-Unfallversicherung sind Themen des außerordentlichen Kongresses, den die Deutsche Postgewerkschaft am 22. und 23. Oktober 1970 in Kassel durchführt. Die 345 Delegierten werden die endgültige Haltung der Deutschen Postgewerkschaft zu der von der Bundesregierung geplanten Umwandlung der Post in eine „teilrechtsfähige Anstalt des Bundes“ festlegen.

Das Bundeskabinett hatte kürzlich, nachdem schon bei der Regierungsbildung das Postministerium weggefallen und die Bundespost dem Verkehrsministerium als Abteilung angegliedert worden war, den „Entwurf eines Gesetzes über die Unternehmensverfassung der Deutschen Bundespost (PostVerfG)“ verabschiedet. Darin ist vorgesehen, die Post als ein „öffentliches Unternehmen in der Rechtsform einer teilrechtsfähigen Anstalt des Bundes“ zu betreiben. Als Organe sind der Vorstand und der Aufsichtsrat vorgesehen. Um die Be-

setzung des Aufsichtsrates ist zwischen DPG und der Bundesregierung ein Konflikt entbrannt. Die Regierung will von 24 Aufsichtsratsitzen den Arbeitnehmervertretern nur 8 Mandate zugestehen; je 8 Mandate sollen an Persönlichkeiten aus dem politischen Leben und aus der Wirtschaft gehen. Die DPG fordert die Einführung der paritätischen Mitbestimmung bei der Post. Der DPG-Vorsitzende Carl Stenger hat Bundeskanzler Brandt in einer Unterredung die Ablehnung des Gesetzeswurfes, der die paritätische Mitbestimmung ignoriert, mitgeteilt.

Zweifellos ist das ein richtiger Standpunkt. Die Postgewerkschaft darf es nicht zulassen, daß sich die Bundesregierung weiterhin über das Verlangen der Arbeiter, Angestellten und Beamten hinwegsetzt, gleichberechtigt mitzubestimmen. In dieser Frage hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung Gelegenheit zu beweisen, ob sie — wie es in der Regierungserklärung angekündigt ist — „mehr Demokratie wagen“ will. Die Delegierten werden auf dem außerordentlichen Kongreß der DPG ihren festen Standpunkt in dieser Frage bekräftigen müssen. -ie-

Konferenzen gute Pläne vorzutragen, insgesamt aber einer Politik zum Tragen zu verhelfen, die sich nachgerade familien- und arbeitsnehmerfeindlich auswirkt, sei es in der Preis- und Mietpreisentwicklung, sei es bezüglich der Verabschiedung von Notverordnungsmaßnahmen wie die Lohnsteuervorauszahlung. Die Frauen hätten vielmehr, entsprechend ihren Forderungen, Steuererleichterung bei Anschaffung der noch zu teuren, aber arbeitssparenden Haushaltsmaschinen erwartet.

Wiederholt wurde von der Bundesregierung gefordert, den Rüstungshaushalt einzuschränken und diese Mittel zur Lösung sozialer und gesellschaftspolitischer Probleme zu verwenden, die die Voraussetzung dafür sind, daß die Frauen eine wirklich gleichberechtigte Stellung im gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben einnehmen können. Aber noch immer herrscht eine Misere in der Bildung und Berufsausbildung, die die Mädchen und Frauen doppelt trifft. Frauen stellen nämlich das große Heer der niedriger bezahlten Hilfsarbeiterinnen, der ungelerten und angelernten Arbeitskräfte, gleich ob Arbeiterin oder Angestellte. So sind im Handel etwa 60 Prozent aller Lehrlinge und 100 Prozent aller Anlernlinge Mädchen. In den Metallberufen waren von 6000 Schülern in Berufs-

fachschulen nur 179 weiblich. Hier spielt nicht die Frage nach der Intelligenz oder Eignung der Jungen und Mädchen die Rolle, sondern die Einstellung der Gesellschaft zur Erwerbs- und Berufstätigkeit der Mädchen und Frauen. Diese Diskriminierung muß überwunden werden.

Die Situation für eine Verbesserung der Lage der Frauen ist günstig. Die finanziellen Mittel dafür sind nachweislich vorhanden. Es gibt eine von der SPD geführte Koalitionsregierung, die erklärt, mehr Demokratie und Reformen zu wollen. Man muß sie beim Wort nehmen.

Die Gewerkschaften als stärkste Organisationen der Arbeiterschaft können die Verwirklichung dieser Versprechen erzwingen, wenn sie ihre Kraft und ihren Einfluß entsprechend einsetzen. Die Delegierten der 7. Frauenkonferenz der IG Metall sollten dahingehend auftreten und die notwendigen Aktionen beschließen. Die endliche Verbesserung der sozialen Lage der Frau und ihre tatsächliche gesellschaftliche Gleichberechtigung sind Aufgaben, deren Verwirklichung keinen Aufschub mehr duldet und die der Regierung ein weites Betätigungsfeld für den Nachweis ernsthaften Reformwillens bieten.

Inge Sbosny

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Dr. A. Friedrich, hat sich in einem Aufsatz der Unternehmerzeitschrift „Wirtschaftsdienst“ zur Vermögenspolitik geäußert. Er wertete die Tarifabschlüsse der jüngsten Zeit „als ein Zeichen für den Umdenkungsprozeß, der sich innerhalb der Gewerkschaften vollzieht, und die Wandlung des Arbeiters zum besitzenden Bürger begleitet und fördert“.

Es ist verdächtig, wenn der BDA-Chef — im Hauptberuf persönlich haftender Gesellschafter des Flick-Imperiums — den Gewerkschaften Lob spendet. Ansonsten wird dieser Schwalter der Interessen des Großkapitals und Chef der Klassenkampforganisation der Unternehmer nicht müde, die Gewerkschaften zu verteufeln. Besonders dann, wenn die Gewerkschaften um höhere Löhne und Gehälter kämpfen, hat Herr Friedrich gleich Antistreibrichtlinien parat.

Offensichtlich widersprechen die Tarifverträge mit einer angeblichen Vermögensbildung für Arbeiter und Angestellte nicht dem Profitstreben des Großkapitals. Von dem erhofften „Umdenkungsprozeß“ innerhalb der Gewerkschaften „versprechen sich die Großunternehmer, daß künftig die „besitzenden Bürger“ bei Lohnauseinandersetzungen stillhalten. Darum will Herr Friedrich auch nach Wegen suchen, um „das Instrument der stillen Beteiligung der Arbeitnehmer auf betrieblicher Ebene zu verfeinern“.

In der Jahresschrift 1970 der Arbeitgeber in Niedersachsen legte Friedrich dar, warum die Arbeiter einen Teil ihres Lohnes zwangssparen sollen. Der einzelne Arbeiter solle gefälligst „seine doppelte Funktion als Anbieter von Arbeitskraft und Kapitalgeber erkennen“. Mit anderen Worten soll der Arbeiter Konsumverzicht zugunsten weiter steigender Profite der Unternehmer und einer verschärften Ausbeutung leisten.

Ob die Rechnung von Friedrich und seinesgleichen aufgeht, wird insbesondere die schon begonnene Lohnbewegung der IG Metall zeigen. Wenn es gelingt, die Forderungen von 15 Prozent mehr Lohn und Gehalt mit Hilfe entschlossener Kampfmaßnahmen durchzusetzen, dann hat der BDA-Boß die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Zugleich wird es erforderlich sein, die von den Unternehmern angestrebte Umwandlung der Gewerkschaften in systemstabilisierende Ordnungsfaktoren zu verhindern und diese als Kampf- und Widerstandsorganisationen zu festigen. Ein hoher Organisationsgrad, verbunden mit einer kompromißlosen Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten, kann die mit dem Zwangssparen verbundenen Absichten des Großkapitals zu nichte machen. P.

Stopp dem Mietwucher!

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt, vor allem auf dem sogenannten freien Wohnungsmarkt, auf den drei Viertel aller Mieter in der Bundesrepublik angewiesen sind, wird immer unerträglicher. Aber auch der mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnungsbau kann für sich das Prädikat „sozial“ schon längst nicht mehr in Anspruch nehmen. In den letzten acht Jahren sind die Mieten dreimal schneller gestiegen als die übrigen Preise. Es ist nur verständlich, wenn sich die Mieter nun gezwungen sehen, zur Selbsthilfe zu greifen, um sich gegen den Mietwucher und gegen willkürliche Wohnungskündigungen zu wehren.

Hauptverantwortlich für die explosive Situation auf dem Wohnungsmarkt, für die Mieteninflation und die Schutzlosigkeit der Mieter, ist die CDU/CSU, die mit den sogenannten Lücke-Gesetzen das soziale Mietrecht beseitigt und den Boden-, Bau- und Wohnungsmarkt einem hemmungslosen Profitstreben ausgeliefert hat. Es ist darum pure Demagogie, wenn ausgerechnet die Politiker der CDU/CSU angesichts der sozialreaktionären Auswirkungen ihrer Politik, jetzt der Regierung Brandt Untätigkeit vorwerfen.

Die Feststellung, daß die CDU/CSU nicht prädestiniert ist, der Bundesregierung Unterlassungssünden vorzuwerfen, kann jedoch nicht übersehen lassen, daß auch die Regierung Brandt/Scheel in der Tat bis jetzt nichts Entscheidendes vollbracht hat, um das unsoziale Erbe der CDU-CSU-Politik zu überwinden. Die Mietpreise klettern weiter in die Höhe, und wie bisher werden Mieter willkürlich gekündigt und bleiben ohne wirksamen Schutz. Auf der anderen Seite machen Bodenspekulanten, Baukonzerne und Groß-Hausbesitzer ungehindert und schamlos mit den zur Ware gewordenen Wohnungen lukrative Geschäfte.

Zwar hat die Bundesregierung angesichts der Empörung der Mieter eine Reihe gesetzgeberische und Verwaltungsmaßnahmen beschlossen, die den Mietwucher verhindern, die Fehlbelegung von Sozialwohnungen vermeiden und den wachsenden Baupreisen Einhalt gebieten sollen. So ist u. a. geplant, das Tatbestandsmerkmal des Mietwuchers in § 302 des Strafgesetzbuches aus dem Jahre 1893 (!) zu erweitern und härtere Strafen anzudrohen. Aber die Gesetzesvorlagen der Bundesregierung sind kaum geeignet, die angestrebte Beruhigung der Mieten, die Bekämpfung des Mietwuchers sowie die Verbesserung des Kündigungsschutzes herbeizuführen. Auch die 1,7 Milliarden DM, die der Wohnungsbauminister bis 1974 zusätzlich einsetzen will, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts des katastrophalen Mangels an sozialgerechten Wohnungen. Das gleiche gilt auch für den Entwurf des zweiten Wohngeldgesetzes und den Plan, die Mieter „fehlbesetzter“ Sozialwohnungen mit einer Ausgleichsabgabe oder einem Mietzuschlag zusätzlich zu belasten.

Beide Maßnahmen werden nicht bewirken, daß die Mietsteigerung ge-

nungsmarkt fertig werden will, das hat der Bundesminister den Gewerkschaften nicht klipp und klar gesagt.

Der unsozialen Lage auf dem Wohnungsmarkt ist nur abzuwehren, wenn man das Übel an der Wurzel packt: Die sozialreaktionären Lücke-Gesetze müssen aufgehoben, die Mietpreisbindung und ein wirksamer Mieterschutz wiederhergestellt und die Mittel für den sozialen Wohnungsbau bedeutend erhöht werden. Dazu muß eine tatsächliche Sozialmiete wieder eingeführt und das Wohngeldgesetz so verbessert werden, daß die Mietbelastungen der Rentner, der kinderreichen Familien, einkommensschwachen Verdienere und der jungen Ehen nicht mehr als 12 Prozent beträgt. Für Baulandpreise, Hypotheken und Mieten müssen Höchstgrenzen festgelegt, die Kalkulationen der Baupreise demokratisch, unter Beteiligung der Betriebsräte, festgesetzt und strenge Strafvorschriften gegen Miet- und Bodenwucher erlassen werden.

Es gibt aber keinen Zweifel, nur eine gemeinwirtschaftliche Wohnungswirtschaft kann auch eine soziale Wohnungswirtschaft sein. Darum muß der Wohnungs-Großbesitz, vor allem der Banken und der Industrie-, Handels- und Versicherungskonzerne in öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum überführt werden.

Der Deutsche Mieterbund hat für den 3. Oktober 1970 zu einer Massenprotestaktion aufgerufen, die in Düsseldorf stattfinden soll. Der Anlaß dazu ist dringend genug. Die Mieter müssen begreifen, daß sich in ihrer Situation nur etwas ändern kann, wenn sie ihrem Protest in aller Öffentlichkeit den nötigen Nachdruck verleihen.

sr/pp

10. Gewerkschaftsjugendtag

Mit jugendpolitischen Fragen wird sich am 18. und 19. September in Saarbrücken der 10. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau und Energie befassen. 125 Delegierte werden u. a. zur beruflichen Bildung, zum Jugendarbeitsschutz und zu politischen Fragen — alles Probleme, die in den Anträgen angesprochen wurden — kritisch Stellung nehmen. Das Hauptreferat hält ein Abgesandter der Bundesregierung, der Parlamentarische Staatssekretär im Wissenschaftsministerium, von Dohnany, der zum Thema „Mehr Demokratie wagen“ sprechen wird. Diese Praktik, auf größeren gewerkschaftsinternen Veranstaltungen Regierungsvertreter referieren zu lassen, ist seit Bestehen der neuen Bundesregierung zu beobachten und gehört offensichtlich zu dem langfristigen Plan, die Gewerkschaften auf die SPD-Politik festzulegen und sie in das spätkapitalistische System der Bundesrepublik zu integrieren.

Rheinstahl will sich Montan-Mitbestimmung entziehen Warnstreik für Verteidigung schwer erkämpfter Rechte

Ein einstündiger Warnstreik von 2000 Arbeitern des Rheinstahl-Hüttenwerkes „Schalker Verein“ in Gelsenkirchen gegen den drohenden Abbau der Montan-Mitbestimmung im Rheinstahl-Konzern hat schlagartig ein Problem in den Vordergrund gerückt, das die Arbeiterschaft in der Bundesrepublik zunehmend beschäftigt: die schleichende Beseitigung der 1951 erzwungenen paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie. Jetzt ist die Reihe an Rheinstahl.

Von ursprünglich 105 Unternehmen im Steinkohlenbergbau und in der eisenschaffenden Industrie, auf die das Gesetz über die paritätische Mitbestimmung zutraf, sind im Zuge der Konzentrationsbewegung und Produktionsverlagerung bis Ende 1969 nur noch 59 übrig geblieben. Nach dem Gesetz, das heute nicht mehr den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Erfordernissen entspricht, fallen solche Unternehmen unter die paritätische Mitbestimmung, deren Montananteil am Gesamtumsatz mehr als die Hälfte beträgt.

Bei Rheinstahl hat nun ein Wirtschaftsprüfer festgestellt, daß sich 1969 die Kohle- und Stahlproduktion angeblich auf 48,7 Prozent vom gesamten Konzernumsatz belief. Dieses Rechenexempel gegen die Montanmitbestimmung wird vom DGB und der IG Metall ganz entschieden bezweifelt. Auch die Mehrheit des Aufsichtsrates hat den Bericht des Wirtschaftsprüfers nicht akzeptiert. Wegen der fehlenden 1,3 Prozent Montanumsatz kann der Rheinstahl-Vorstand den Arbeitsdirektor „feuern“ und die Besetzung des Aufsichtsrates (gegenwärtig 10 Aktionärsvertreter, 10 Arbeitnehmervertreter, 1 „Neutaler“) mit 14 Aktionärsvertretern und 7 Vertretern der Arbeiter und Angestellten verfügen.

Diese Situation war in dem Konzern 1967 schon einmal eingetreten, nachdem Rheinstahl 1964 die Henschel-Werke in Kassel geschluckt und auf diese Weise den Anteil des Verarbeitungssektors am Gesamtumsatz in den folgenden Jahren 1965 und 1966 auf mehr als 50 Prozent ausgedehnt hatte. Das Gesetz von 1951 sah das Ausscheiden aus der paritätischen Mitbestimmung dann vor, wenn der Montanumsatz zwei Jahre nacheinander unter 50 Prozent bleibt. Die heftigen Proteste der Gewerkschaften veranlaßten den Bundestag 1967 zur Verabschiedung eines „Mitbestimmungs-Ergänzungsgesetzes“ (auch Lex Rheinstahl genannt), das die Wartefrist von zwei auf fünf Jahre ausdehnte.

Jetzt sind bei Rheinstahl auch diese fünf Jahre verstrichen und der Angriff auf die Montanmitbestimmung beginnt von neuem. Aber inzwischen ist der Konzern noch mächtiger, noch einflußreicher und die paritätische

Mitbestimmung sowie der Ausbau der betrieblichen Mitentscheidung noch dringlicher geworden. Auch die neue, sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat die Zeit und die Möglichkeiten nicht genutzt, um entsprechend den Forderungen des DGB die Montanmitbestimmung auf alle großen Kapitalgesellschaften, unabhängig von ihrer Branche, auszudehnen.

Der Warnstreik bei Rheinstahl hat gezeigt, daß die Verteidigung und Ausweitung der Mitbestimmung eine vordringliche Forderung der Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik ist. Der DGB, die IG Metall und die Betriebsräte der Rheinstahl-Betriebe haben mit Nachdruck die Erhaltung der Montan-Mitbestimmung in diesem Konzern verlangt. Es wird jetzt Aufgabe des DGB und seiner Gewerkschaften sein, die aus Loyalitätsgründen zur SPD auf Sparflamme gesetzte Mitbestimmungsdiskussion neu zu beleben und unverzüglich mit konkreten Maßnahmen und Aktionen zur Durchsetzung dieser gesellschaftspolitischen Forderung Nummer eins zu beginnen.

Dabei kann man es nicht bei der Auffassung des DGB und der IG Metall, die Bundesregierung möge zunächst provisorische Regelungen schaffen, belassen. Wie sollen die aussehen? Fristverlängerung auf sieben, zehn Jahre? Schon das Provisorium Lex Rheinstahl hat das Problem nur verschoben. Jetzt gilt es, endlich die Mitbestimmungsforderungen der Arbeiterschaft zu verwirklichen: auf allen Ebenen — am Arbeitsplatz, im Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft — und mit allen Mitteln wie Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge und Gesetze. Dazu bedarf es entschlossenen Kampfes.

Es geht aber auch darum, der Mitbestimmung durch Ausweitung des gemeinwirtschaftlichen Sektors die nötige ökonomische Basis zu schaffen. Unter den Bedingungen privatwirtschaftlicher Konzernherrschaft gerät die Mitbestimmung immer wieder in Gefahr, beseitigt zu werden, wie das Beispiel Rheinstahl als eines von vielen zeigt. Der Kampf um Mitbestimmung muß mit dem Kampf für die Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum verbunden werden. G. Siebert

Im traditionsreichen Leipziger Haus „Auensee“ trafen sich am 4. und 5. September 1970 zum 31. Male Arbeiter, Angestellte — zumeist Gewerkschafter — aus beiden deutschen Staaten zum Gedankenaustausch. Im Plenum und in 12 Arbeitskreisen standen im Mittelpunkt der Diskussion der Moskauer Vertrag und die sich daraus ergebenden positiven Möglichkeiten sowie die sozialen und politischen Forderungen der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik. Redner aus der DDR vermittelten ein Bild vom sozialistischen Aufbau.

Als westdeutscher Sprecher eröffnete Manfred Sokolof mit einem Referat die Zusammenkunft. Sokolof ist Betriebsrat und Kongreßdelegierter der IG Bergbau und Energie in Essen. Der Vertrag müsse gegen den Widerstand der Ewiggestrigen, wie Kiesinger, Strauß und Barzel, durchgesetzt werden. Die Beendigung des Antikommunismus in der Bundesrepublik, die Anerkennung der DDR und die Senkung der Rüstungsausgaben seien Konsequenzen aus dem Vertrag. Sokolof betonte besonders, daß eine dem Moskauer Abkommen entsprechende Friedenspolitik der Bundesregierung und die Senkung der Rüstungsausgaben, wenn sie unter dem Druck der Arbeiterschaft Realität geworden sind, die Erfüllung der in der DGB-Erklärung vom 22. Oktober 1969 enthaltenen Forderungen möglich mache.

Diesen Aspekt betonte auch das Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP, Karl-Heinz Nötzel, der die Teilnehmer der Arbeiterkonferenz im Namen der DKP begrüßte. Für die Ratifizierung des Vertrages durch Bonn und die Durchsetzung einer vertragsgerechten Politik einzutreten, heiße vor allem auch, für Senkung der Rüstungslast zu kämpfen.

Die Redner der DDR unterstrichen ebenfalls die Bedeutung und die großen Möglichkeiten des westdeutsch-sowjetischen Abkommens. Richard Pieper, Leuna-Werker und Präsidiumsmitglied des FDGB-Bundesvorstandes, schilderte am Beispiel der Leuna-Werke die wachsende ökonomische und politische Stärke der DDR und die Mitbestimmung der Gewerkschaften. Günther Kleiber, Kandidat des Politbüros des SED-Zentralkomitees, versicherte in seiner Rede am Schluß der Konferenz die westlichen Teilnehmer, unter denen sich auffallend viele Sozialdemokraten befanden, der Solidarität der DDR im Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt.

Insgesamt litt diese 31. Deutsche Arbeiterkonferenz etwas unter der mangelnden Themenbreite. Die konkreten, detaillierten Beispiele aus der Arbeit des DDR-Gewerkschafters kamen zu kurz. Einstimmig wurde die 32. Konferenz für Mitte März 1971 einberufen. Sb.

Phrix reif für Enteignung

Mißbrauch von Privatbesitz an Produktionsmitteln Betriebserschließungen ohne Rücksicht auf Arbeiter

Ein Beispiel für den Mißbrauch von Verfügungsgewalt über privates Produktionsgut haben in diesen Wochen die Chemiefaser produzierenden Phrix-Werke geboten. Ohne zuvor die Gewerkschaft oder die betroffenen Belegschaften zu informieren, haben die Kapitalvertreter der BASF und des US-Chemiegiganten Dow Chemical, die je 50 Prozent des Aktienkapitals halten, am 12. August 1970 in der Aufsichtsratssitzung der Phrix AG. beschlossen, das Werk Krefeld stillzulegen und die Beschäftigtenzahl des Werkes Siegburg erheblich zu verringern. Es besteht auch Stilllegungsabsicht für das dritte Werk in Ockfen. Erste Massenkündigungen in Krefeld wurden ausgesprochen.

Am Tag der Aufsichtsratssitzung demonstrierten mehrere hundert Beschäftigte der betroffenen Betriebe vor der Phrix-Hauptverwaltung in Hamburg gegen die Stilllegungsabsicht. Werner Vitt vom Hauptvorstand der IG Chemie sprach zu den protestierenden Arbeitern und begründete am Phrix-Beispiel die Dringlichkeit der

Besser informiert durch NACHRICHTEN

Forderung nach Mitbestimmung. Nicht Ertrags- und Kostenrechnungen, sondern das Schicksal der Beschäftigten müsse für unternehmenspolitische Entscheidungen ausschlaggebend sein.

Die Kündigungen in Krefeld, die zunächst 462 der gefährdeten insgesamt 5900 Phrix-Beschäftigten betreffen, wurden auf besonders hinterhältige und böswillige Weise ausgesprochen. Während am 20. August der Gesamtbetriebsrat und Vertreter der IG Chemie-Papier-Keramik mit der Phrix-Hauptverwaltung in Hamburg — allerdings ergebnislos — über die Erstellung eines Sozialplanes verhandelten, wurden sie mit keinem Wort über die am Vortage und am selben Tage ausgesprochenen Kündigungen informiert. Diese Kündigungen widersprechen den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes, das in solchem Falle die Konsultation des Betriebsrates vorschreibt; sie dürfen darum nicht wirksam werden! Die IG Chemie hat die Betroffenen aufgefordert, Kündigungsschutzklage zu erheben.

Die unsozialen Beschlüsse des Phrix-Vorstandes und der Konzernbeauftragten von BASF und Dow Chemical im Aufsichtsrat, wo die Belegschaftsvertreter nur zu einem Drittel vertreten sind und ebenfalls nicht informiert wurden, wurden unter reinen

Profit- und Konkurrenzgesichtspunkten gefaßt, ohne die geringste Rücksicht auf das Schicksal von Tausenden Arbeitern und Angestellten mit ihren Familien. Auf Angebote der nordrhein-westfälischen Landesregierung, bei der Beschaffung von Investitionskrediten behilflich zu sein, ging der Phrix-Vorstand nicht ein. Allerdings wurde bekannt, daß die Phrix AG. die Errichtung eines neuen Werkes im bayerischen Grenzgebiet Plattling plant. Dort sind die Arbeitskräfte billiger und gibt es außerdem erhebliche öffentliche Investitionshilfen und Steuervergünstigungen.

Weil sich also die internationalen Chemiebosse an einem anderen Standort höhere Profite versprechen, sollen drei Werke mit fast 6000 Arbeitern und Angestellten liquidiert werden. Außerdem steht zu vermuten, daß der amerikanische Mitbesitzer Dow Chemical sich bei dieser Gelegenheit lästige Konkurrenzunternehmen vom Halse schaffen will.

Es ist ungeheuerlich, was im kapitalistischen Wirtschaftsrecht alles möglich ist. Während im Zivilrecht falsches Parken, Beschädigung und Diebstahl von Eigentum völlig logisch bestraft wird, können immer wieder ohne strafrechtliche Folgen Konzerne „ausgediente“ Betriebe mit Tausenden von Menschen „wegwerfen“ wie einen alten Regenschirm — ohne Rücksicht auf die Auswirkungen für die Betroffenen. Das gilt auch für Konkurse infolge unternehmerischer Unfähigkeit und erbarmungsloser Konkurrenz. Nach den Erfahrungen mit Borgward, Schliker, den Zechenstilllegungen, Schließungen von Textilfabriken, Pintsch-Bamag, Phrix usw. ist es endlich an der Zeit, gesellschaftspolitische Konsequenzen zu ziehen. Sozialpläne allein lösen die Probleme nicht. Die immer wiederkehrenden Riesenpleiten und unternehmerischen Verantwortungslosigkeiten gegen die Arbeiterschaft verlangen Sofortmaßnahmen:

■ Die paritätische Mitbestimmung in allen Großbetrieben, unabhängig von ihrer Rechtsform und nach den Vorstellungen des DGB, ist noch in dieser Legislaturperiode einzuführen. Die

fortschrittliche Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes, unter Fortfall der Schweigepflicht für die Mitbestimmungsträger der Arbeiterschaft, hat unverzüglich zu erfolgen.

■ Unternehmen, die in der Weise handeln wie Phrix, sind wegen Mißbrauchs des Privateigentums an Produktionsmitteln zu enteignen. Die rechtliche Grundlage dafür bietet das Grundgesetz und in Nordrhein-Westfalen sowie Hessen die Landesverfassung. Die Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen, wozu insbesondere auch die Chemieindustrie gehört, in Gemeineigentum muß vorbereitet und zu gegebener Zeit realisiert werden.

■ Im Falle der Phrix AG. sind die widerrechtlich und aus niederen Profitdenken erfolgten Kündigungen für unwirksam zu erklären. Wegen erwiesenen Machtmißbrauchs müßten die Werke in Bundes-, Landes- oder/und Kommunaleigentum übernommen werden. Die paritätische Mitbestimmung ist mittels Betriebsvereinbarung mit der IG Chemie-Papier-Keramik sofort einzuführen.

Für diese Forderungen zur Durchsetzung der Arbeiterinteressen sollten die IG Chemie, der DGB und die übrigen Gewerkschaften alle Kräfte mobilisieren. G. S.

PERSONALIEN

Karl Hauenschild, Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik, wurde am 30. August 1970 50 Jahre alt. Er war 1969 auf dem 8. Gewerkschaftstag der IG Chemie für den ausgedehnten langjährigen Vorsitzenden Wilhelm Gefeller an die Spitze der Organisation gewählt worden.

Hinrich Oetjen, langjähriger Bundesjugendsekretär der IG Chemie-Papier-Keramik, hat am 18. August 1970 die Leitung der Bundesjugendschule des DGB in Oberursel/Taunus übernommen. Der bisherige Schulleiter Edmund Duda, hat Aufgaben in der Abteilung Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand bekommen.

Günter Stephan, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, hielt sich vom 15. bis 21. August 1970 in Jugoslawien auf. Dort führte er u. a. Gespräche über die bevorstehende Reise von vier Gewerkschaftsredakteuren des DGB nach Jugoslawien, die für die Monatswende September/Oktober vorgesehen ist.

Heinz Oskar Vetter, Vorsitzender des DGB, weilte im August in Kanada und Australien, wo er Gespräche mit den Gewerkschaftsbünden führte.

Wirtschaftskurs im Zickzack

DM-Aufwertung und trotzdem Preiswelle wie nie Steuererhöhungen statt angekündigter Steuerreform

In seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969, die er unter das Motto „Im Bewußtsein der Verantwortung für die Zukunft unseres Landes“ gestellt hatte, war von Willy Brandt vor dem Bundestag erklärt worden: „In der Bundesrepublik stehen wir vor der Notwendigkeit umfassender Reformen. Die Durchführung der notwendigen Reformen und ein weiteres Steigen des Wohlstandes sind nur möglich bei wachsender Wirtschaft und gesunden Finanzen.“ Ein erster Schritt auf diesem Wege war die DM-Aufwertung um 8,5 Prozent, die einen entscheidenden Beitrag leisten sollte, um „binnenwirtschaftlich... die Preisentwicklung des Jahres 1970 (zu) dämpfen. Allerdings wäre mehr zu erreichen gewesen, wenn die vorige Bundesregierung rechtzeitig gehandelt hätte.“

Die Aufwertung wurde in der Regierungserklärung als notwendig bezeichnet, um eine „weitere Zuspitzung der Konjunkturlage mit der Gefahr einer nachfolgenden Rezession“ zu verhindern. „Unser Ziel lautet: Stabilisierung ohne Stagnation.“ Auf dem Gebiet der Finanzpolitik versprach Brandt die Verwirklichung der schon in der vorigen Legislaturperiode angekündigten Steuerreform, die ein „gerechtes, einfaches und überschaubares Steuersystem“ schaffen soll. Obwohl die Reformen zusätzliche Mittel erfordern würden, sollte dabei die Steuerlastquote des Jahres 1969 nicht erhöht werden; im Gegenteil sollten zwei Steuererleichterungen erfolgen, nämlich eine Verdoppelung des sogenannten Arbeitnehmerfreibetrages und eine Reduzierung bzw. der völlige Wegfall der sogenannten Ergänzungsabgabe, die zur Sanierung des Bundeshaushalts nach der Finanzkrise des Jahres 1966 eingeführt worden war.

Noch Anfang des Jahres 1970 gab sich das Wirtschaftsministerium den Anschein, als könnte durch die Aufwertung der D-Mark der nach wie vor anhaltende Preisauftrieb gedämpft werden. Mitte Januar zum Beispiel wurde in großen Annoncen des Schiller-Ministeriums versprochen, daß billigere Lebensmittel als unmittelbarer Erfolg der DM-Aufwertung zu erwarten seien. Butter, Zucker, Käse, Geflügel und Eier sollten um 6 Prozent billiger werden. **Nicht eine dieser Voraussagen traf ein, im Gegenteil, jede Hausfrau konnte sich davon überzeugen, daß die meisten Lebensmittel im Laufe dieses Jahres Preissteigerungsraten zu verzeichnen hatten, die weit über die angekündigten Preissenkungsraten hinausgingen.**

Dabei kann man den wirtschaftspolitischen Instanzen nicht einmal den Vorwurf mangelnder Initiativen machen. Die Bundesbank z. B. hat die antizyklische Wirtschaftspolitik durch eine Heraufsetzung des Diskontsatzes auf eine Nachkriegsrekordhöhe unterstützt, um damit das Zinsniveau zu erhöhen und die Investitionstätigkeit

zu erschweren. Der Erfolg: Im ersten Halbjahr 1970 stiegen die industriellen Erzeugerpreise um 6,2 Prozent über den gleichen Vorjahresstand, die Preise für Investitionsgüter sogar um 10 Prozent. Dabei spielte nicht nur eine Rolle, daß durch das hohe Zinsniveau in starkem Maße Auslandsgeld in die Bundesrepublik gelockt wurde, es ging vielmehr um einen Automatismus, der recht treffend in einem Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 19. 2. 1970 mit folgenden Worten beschrieben wurde:

„Immer wenn die Preise steigen, wiederholt sich das alte Spiel: Die Wirtschaftsunternehmen, die ihre Preise erhöhen, begründen dies damit, daß die Kosten — insbesondere die Löhne und Gehälter — dies nahelegen; die Gewerkschaften ziehen die Statistik zu Rate und versuchen nachzuweisen, daß die Lohn- und Gehaltskosten keineswegs Preiserhöhungen rechtfertigen... Aber in einer marktwirtschaftlichen Ordnung sind solche direkten Zuordnungen von Ursache und Wirkung nicht am Platze. Es gibt schließlich Märkte, die darüber befinden, zu welchem Preis dies und jenes abgesetzt werden kann... Der Markt sucht sich die Kandidaten für Preiserhöhungen nicht nach der Kostensituation aus, sondern nach der Kauflust derjenigen, die die Waren haben möchten.“

Da folglich mit dem konventionellen Mittel der Kreditrestriktionen weder die Übernachfrage gedrosselt noch der Preisauftrieb zum Stehen gebracht werden konnte — die OECD schätzte sogar, daß die Bundesrepublik 1970 unter den entwickelten kapitalistischen Industrieländern die höchste Geldentwertung aufweisen würde —, warf die Regierung zum Beginn der parlamentarischen Sommerpause nun alle bisherigen Hemmungen über Bord und griff zu einem konjunkturpolitischen Mittel, das sie bisher weit von sich gewiesen hatte: eine direkte Steuererhöhung. Auf Einkommen- und Körperschaftsteuern wird bis in den Sommer des nächsten Jahres hinein ein 10prozentiger Zuschlag erhoben.

Außerdem wird für die Investitionen, die bis zum 31. Januar 1971 vorgenommen werden, die degressive Abschreibung ausgesetzt.

Die konjunkturpolitische Auswirkung dieser jüngsten Maßnahme ist in **hohem Maße zweifelhaft**. Statistiker haben zwar errechnet, daß im Laufe des Jahres 1970 der Steuerzuschlag etwa 2,4 Milliarden DM aus den Taschen der Steuerzahler in die Kassen des Staates leiten wird. 1971 sollen es weitere 2,8 Milliarden DM sein. Inwieweit jedoch das geringere Nettoeinkommen durch eine entsprechende Auflösung von Sparguthaben bzw. Aufnahme von Bankkrediten ausgeglichen wird, vermag niemand zu sagen. Außerdem aber wurde die zeitweise Aussetzung der degressiven Abschreibung teilweise durch die Senkung des Diskontsatzes um $\frac{1}{2}$ Prozent kompensiert, und schließlich sind gleichzeitig 2,6 Milliarden DM an Haushaltsmitteln, die im ersten Halbjahr 1970 gesperrt worden waren, nun für das zweite Halbjahr voll freigegeben worden. Und nicht zuletzt wird das widerspruchsvolle Bild der Bonner Konjunkturpolitik durch die geplanten Haushaltsausgaben des Jahres 1971 vervollständigt. Hier ist gegenüber 1970 ein Ausgabenzuwachs um 12,1 Prozent vorgesehen. Ein Satz, der das sehr optimistisch auf 7,5 Prozent Zunahme geschätzte Wirtschaftswachstum erheblich übertrifft!

Betrachtet man unter Berücksichtigung aller dieser Zusammenhänge die wirtschaftspolitischen Aktivitäten der Regierung Brandt/Scheel, so drängt sich bei aller Berücksichtigung des schwierigen Erbes, das sie nach einer 20jährigen CDU-Herrschaft übernommen hat, doch das Bild der Echterbacher Springprozession auf: drei Schritte in eine Richtung, zwei Schritte in eine andere — ein Ziel ist zwar proklamiert, über den Weg dorthin scheint aber völlige Uneinigkeit zu herrschen.

Willy Brandt hat zum Abschluß seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 erklärt: „Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom demokratischen Engagement der Bürger... Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten.“ Sollte es ihm da nicht zu denken geben, wenn ihm für die jüngsten konjunkturpolitischen Maßnahmen seiner Regierung von der Springer-Presse weitgehend Zustimmung zuteil wird? Als Sozialdemokrat mußte ihm das Wort August Bebel's geläufig sein: „Wenn dich deine Feinde loben, dann überlege, was du falsch gemacht hast.“

Streiks in Spanien

In Spanien gibt es keine andere legale Gewerkschaft als die von der Regierung organisierte und gelenkte. Die Regierung ist es auch, die die Führer dieser Gewerkschaft ernannt oder aberberuft. Die Streiks und Aktionen der Arbeiter finden gegen den Willen der offiziellen Gewerkschaft statt. Trotz der systematischen Unterdrückung durch die Franco-Diktatur, die betont arbeiterfeindlich ist, haben die spanischen Arbeiter in der letzten Zeit den Unternehmern bedeutsame Streikkämpfe geliefert.

Die Bergarbeiter Asturiens, die ihrer traditionellen Kampfbereitschaft alle Ehre machen, führen einen ständigen Kampf gegen die Kohlegesellschaft HUNOSA. Durch einzelne Streiks oder den Generalstreik kämpfen sie für die Durchsetzung ihrer Forderungen, zu denen auch Vergünstigungen für die an Silikose erkrankten Bergarbeiter und die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen gehören, da es in den Bergbaugebieten immer wieder zu tödlichen Unfällen kommt. Die Kampf-

rücksichtigt werden. Bei diesen Streikbewegungen konnte man über einen langen Zeitraum hinweg feststellen, wie verschiedene die Kampfformen waren und wie der Druck seitens der Arbeiter immer stärker wurde.

Auch auf dem Lande gibt es Arbeiterkommissionen, die die spanischen Bauern rasch aufrütteln. Die Bauernbewegung umfaßt die Landarbeiter, die Pächter, die kleinen Einzelbauern und die Techniker auf dem Lande. Es handelt sich um eine Widerstandsbewegung gegen das Monopolkapital und den Großgrundbesitz, der weite Ländereien brach liegen läßt, während Tausende von Bauern ohne Arbeit sind.

Ein weiteres Kennzeichen der neuen spanischen Arbeiterbewegung ist ihre Kontaktaufnahme mit der Studentenbewegung. Die Studenten von heute sind die Techniker und Spezialisten von morgen. Das haben die Arbeiterkommissionen begriffen, und sie arbeiten an der Schaffung eines Bündnisses zwischen Arbeitern, Bauern, Studenten, Technikern und Angehörigen aller anderen Berufe. Studentengruppen treten mit den Arbeitern eines Betriebes, einer Gruppe von Betrieben oder eines ganzen Produktionszweiges in Verbindung. Die Arbeiter eines oder mehrerer Betriebe gehen in die Studentenheimen oder direkt in die Universität, um konkret über ihre eigenen oder gemeinsamen Probleme zu diskutieren.

Es handelt sich nicht um eine einfache Agitation weniger Studenten am Ausgang eines Bergwerks oder an einem Werkort während einer bestimmten Konfliktsituation. Es handelt sich vielmehr um eine gründliche Aussprache, eine eingehende Analyse, um eine gemeinsame Konzeption zu erarbeiten und die Ziele zu koordinieren. Diese Diskussionen und Debatten sind nicht nur theoretischer Art; sie werden von konkreten gemeinsamen Aktionen begleitet.

Angesichts der vom Regime betriebenen Taktik, die Menschen möglichst von politischen Fragen abzulenken, stellen die Arbeiterkommissionen eine Form der gesellschaftlichen und politischen Tätigkeit dar, an der sich die Jugend in hohem Maße beteiligt. In den großen Industriebetrieben sind Gruppen von Jugendlichen und Lehrlingen konzentriert. Sie gehören zu den Arbeitskräften des Werkes, aber sie haben ihre eigenen Probleme.

Die Aktionen, die zahlreichen Kampfweise wie Streiks und Versammlungen der Arbeiter könnten bei flüchtiger Betrachtung die Illusion einer gewissen Legalität in Spanien erwecken. Nichts entspräche weniger der Wirklichkeit. Die Realität sieht so aus, daß diese überall im Lande geführten Kämpfe, die die Ausübung eines gesetzlich anerkannten Rechtes darstellen, von der faschistischen Regierung als Verbrechen betrachtet werden. Wegen der Verteidigung dieser Rechte werden die Gewerkschafter heute noch eingekerkert und verurteilt. In den Haftanstalten von Carabanchel, Soria, Segovia, Barcelona, San Sebastian, Bilbao, Oviedo, Jaen, Ocana, Almeria, Valencia und anderen Orten verbüßen Hunderte von Gewerkschaftern lange Gefängnisstrafen.

Von Anfang an machten die Arbeiterkommissionen, durch die großen Solidaritätstraditionen der Arbeiterklasse gestärkt, kein Hehl aus ihrer internationalistischen Überzeugung. Das Eindringen des internationalen Kapitalismus in Spanien ist die Ursache dafür, daß Hunderttausende von spanischen Arbeitern gegenwärtig in solchen Unternehmen wie Fiat, Renault, Citroen, Morris, Siemens, Marconi, ITT usw. ausgebeutet werden. Andererseits arbeiten und kämpfen eine Million Spanier im Ausland, Seite an Seite mit den französischen, belgischen, schweizerischen, italienischen oder deutschen Arbeitern und schaffen damit überaus feste Bande der Solidarität. Ihre gemeinsamen Erfahrungen werden der spanischen Arbeiterklasse übermittelt. So entstehen solide Grundlagen für eine größere Einheit. A. C.

Blick in die Welt

bereitschaft hat auch auf die Arbeiter der metallurgischen Industrie von Gijon und auf die Hafnarbeiter von Musel übergegriffen.

Klassenbewußtsein bewiesen auch die baskischen Metallarbeiter, als sie unter den äußerst schwierigen Bedingungen des „Ausnahmestandes“ einen 21tägigen Streik durchführten. Dieser Streik erfaßte die größten Fabriken von Biskaya und Guipuzcoa und bestätigte die neuen Formen der Arbeiterkämpfe mit der Wahl von Kommissionen durch Massenversammlungen. Nahezu 50 000 katalonische Arbeiter aus Barcelona, Bajo Llobregat, Tarrasa, Sadabell, Badalona und Mataro nahmen am Streik teil und forderten Lohnerhöhungen über die von der Regierung angeordneten 5,9 Prozent hinaus. Auch in den wichtigsten Produktionszweigen von Sevilla kam es ständig zu Konflikten zwischen den Arbeitern und den Unternehmern, besonders bei Abonos Sevilla (chemische Industrie), Hispano Aviacion (Metallurgie), HITASA (Textilindustrie), Entrecanales (Bauwesen), Es Cano (Schiffsbau) und im öffentlichen Verkehrswesen.

In Madrid erlebte man neben den erbitterten Kämpfen der Metallarbeiter eine bedeutsame Massenaktion der Bank- und Versicherungsangestellten mit Versammlungen in den Arbeitsräumen und Demonstrationen Tausender Angestellter durch das Zentrum der Hauptstadt für einen Kollektivvertrag, in dem ihre Forderungen be-

TUC-Kongreß in Brighton

Am 7. September 1970 hat in Brighton der Jahreskongreß des britischen Gewerkschafts-Dachverbandes TUC begonnen. Dieser erste Kongreß seit dem Regierungsantritt der Konservativen findet in einer Situation großer sozialer und politischer Spannungen in England statt. Die Hauptforderungen der britischen Gewerkschaften, die in Brighton zur Debatte stehen, sind: Erhöhung der Löhne, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Beseitigung der wachsenden Arbeitslosigkeit und Kampf gegen das von der Regierung Heath vorbereitete Gesetz zur Abwägung gewerkschaftlicher Lohnkämpfe, das im Oktober im Parlament behandelt werden soll. Der diesjährige TUC-Kongreß wird unter dem Eindruck der Tatsache stehen, daß die Streiks in diesem Jahr lawinenartig angewachsen sind, und erstmals wieder das Ausmaß der dreißiger Jahre erreicht haben.

Lehren aus Niederlagen

Eberhard Schmidt: Die verhinderte Neuordnung 1945 bis 1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth. Reihe: Theorie und Praxis der Gewerkschaften. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main, 1970, 244 Seiten, 15,— DM, kartoniert.

Dieses Buch ist für die gegenwärtige Diskussion in den Gewerkschaften von großer Wichtigkeit. Weshalb, darauf wird im folgenden einzugehen sein. Vorab verdient jedoch die Tatsache der etwas allergischen Reaktion einiger Gewerkschaftsführer, z. B. von Bernhard Tacke, auf die kritische Beurteilung der Rolle der DGB-Führung in diesen Jahren Beachtung.

Zweifellos hängt eine kritische Haltung vieler Funktionäre gegenüber dem offiziellen Kurs auch mit einer

Schmidt behandelt die Periode von der militärischen Niederlage des deutschen Faschismus bis zur Annahme des Betriebsverfassungsgesetzes durch die bürgerliche Mehrheit des Bundestages 1952. In diese Periode fällt jedoch auch die beträchtliche sozialpolitische und politische Kräfteverschiebung innerhalb der Westzonen und später der Bundesrepublik bis zur Restauration großkapitalistischer Macht. Versäumnisse, unklare Konzeptionen und subjektives Versagen der DGB-Führung werden von Schmidt dokumentarisch festgehalten. Aber nicht im Sinne eines pauschalen unbegründeten Verdammungsurteils, sondern jeweils verbunden mit dem Aufzeigen einer auch unter den damaligen Kräfteverhältnissen möglichen alternativen Haltung.

Von Bedeutung für ein kritischeres Bild der Gewerkschaftsgeschichte in der jüngeren Generation scheinen mir u. a. folgende Kernpunkte in Schmidts Arbeit zu sein:

1. „Die Restauration in der BRD wäre ohne diese Intervention“ der westlichen Besatzungsmächte nicht möglich gewesen (S. 6). Ihre Politik bildete „den nur schwer übersteigbaren Rahmen der möglichen Neuordnungsbestrebungen“ (S. 11). Die „sozial-konservativen Kräfte konnten sich vor allem auf die Politik der amerikanischen Militärregierung stützen, die in den entscheidenden Auseinandersetzungen um die Grundlegung der Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik zu ihren Gunsten eingriff, wie etwa bei der drohenden Sozialisierung, der Verankerung der wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechte für die Betriebsräte oder in der Frage der Währungsreform.“ (S. 170) Die Selbstbestimmung des arbeitenden Volkes in den Westzonen wurde also von den Besatzungsmächten unterbunden. Das betraf aber nicht nur die gesellschaftspolitischen Fragen, sondern auch jeden von den westlichen, vor allem der amerikanischen Besatzungsmacht eingefädellen oder dekretierten Schritt zur Spaltung Deutschlands. Aber jeder dieser Schritte war auch ein Schritt der Entmachtung der Gewerkschaften. Ob es sich nun um die Errichtung des Wirtschaftsrates, die Bizone oder die Währungsreform handelte.

2. Die massiven Eingriffe der Besatzungsmächte erstreckten sich auch auf die organisatorische Form der Gewerkschaften und ihre Politik. Vor al-

lem mit dem Marshallplan wurde in den Gewerkschaften ein offen anti-kommunistischer Kurs durchgesetzt, der sich in der Folgezeit verstärkte. Natürlich trat sich an diesem Punkt das Interesse der Besatzungsmächte mit der Furcht mancher Gewerkschaftsführer vor radikalen Massenbewegungen. Aber diese Grundhaltung hat in letzter Konsequenz ihre eigene Position untergraben. „Die integrative Funktion, die der Antikommunismus innerhalb der Gewerkschaftsbewegung für die verhältnismäßig widerstandslose Einordnung der Gewerkschaften in das westliche System hatte, darf nicht unterschätzt werden.“ (S. 172) Die Politik des Antikommunismus trug, nach E. Schmidt, dazu bei, „Alternativen zur Politik der Gewerkschaftsführung aus der Diskussion auszuschalten und förderte den allgemeinen Trend zur Unbeweglichkeit der Großorganisation im politischen Kampf durch eine Entpolitisierung der Mitgliedschaft.“ (S. 124)

3. Die Fehleinschätzung der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse durch die Gewerkschaftsführung ging mit Vertrauenslosigkeit und Illusionen über die Politik der westlichen Besatzungsmächte einher. So sagte der damalige DGB-Vorsitzende Böckler (ähnlich wie zur gleichen Zeit K. Schumacher) 1946: „Der Kapitalismus liegt in seinen letzten Zügen“.

4. An den wirklich entscheidenden Bruchstellen hätte die Gewerkschaftsführung bei einer zielklaren, den Kräfteverhältnissen entsprechenden Konzeption mit der Mobilisierung der Mitglieder andere Entscheidungen erzwingen können. Positiv zeigte sich das etwa im erfolgreichen Kampf um die Erhaltung der Montanmitbestimmung oder gegen die Konkurrenzdemontagen; negativ im Versagen beim Kampf zur Verhinderung des Betriebsverfassungsgesetzes 1952. Im übrigen gab es diesen Spielraum, wie Schmidt eindeutig belegt, auch im Kampf gegen gewerkschaftsfeindliche Maßnahmen der Besatzungsmacht.

Schmidt schließt mit der Analyse der Ursachen für die Niederlage in der BVG-Frage. Damit waren die Weichen für die gesellschaftspolitischen Entwicklungen der nächsten zwei Jahrzehnte gestellt. Als wesentliche Ursache für das (auch subjektive) Unvermögen der damaligen Gewerkschaftsführung führt Schmidt ihre Fixierung auf den Parlamentarismus und damit ihren Verzicht auf den Einsatz der Arbeitermassen für eine progressive Politik an. Gerade das sind jedoch Probleme der gegenwärtigen Diskussion, für deren Klärung Schmidts Arbeit von großem Nutzen sein kann.

Hinzuzufügen ist, daß in diesem Buch viele Quellentexte zugänglich gemacht wurden, die in der Diskussion häufiger angeführt werden könnten.

Dr. H. Jung

Das aktuelle Buch

kritischen Neubewertung der Gewerkschaftsgeschichte nach 1945 zusammen. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß ein verändertes Diskussionsklima und die Wachablösung der leitenden Funktionärschicht der Gewerkschaften mit dazu beigetragen haben, daß die notwendige kritische Neubewertung der Nachkriegsgeschichte der Gewerkschaften Raum gewinnen kann.

Es ist notwendig, sich dieser Vorgänge bewußt zu sein. Denn es wird gerade für die jüngeren Kräfte in den Gewerkschaften von Bedeutung sein, mit der Haltung von Männern wie Victor Agartz, mit dem Kampf der linken Kräfte innerhalb der Gewerkschaften bekannt zu werden. Verlegerische Initiative findet hier sicher eine spürbare Lücke und eine dankenswerte Aufgabe.

Jedoch zurück zu dem Buch von E. Schmidt. Es ist als Dissertation entstanden und gegenwärtig eine der solidesten und gründlichsten Arbeiten zur Gewerkschaftsgeschichte in der Nachkriegszeit. Dieses Thema ist besonders deshalb von Wichtigkeit, weil damals in der Praxis die Anknüpfungspunkte etwa in der Mitbestimmungsfrage sichtbar geworden und diese Probleme tatsächlich zu aktuellen Kampfaufgaben von Teilen der Arbeiterschaft geworden waren. Schmidt hat als einer der ersten Autoren auch bisher noch nicht veröffentlichtes Archivmaterial des DGB, der IG Metall und der SPD fündig gemacht.

- **18. bis 19. September**
10. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau und Energie in Saarbrücken.
- **22. bis 23. Oktober**
Außerordentlicher Gewerkschaftstag der Deutschen Postgewerkschaft in Kassel.
- **1. Oktober**
Letzter Termin für die Veröffentlichung der Vorschläge der DGB-Kommission für die Änderung der Satzung.
- **März 1971**
32. Deutsche Arbeiterkonferenz in Leipzig.

Dokumente der Gewerkschaften

„Dokumente der Gewerkschaften“, eine Sammlung programmativischer Dokumente zur Politik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., Frankfurt/Main, Preis 4,50 DM.

Der NACHRICHTEN-Verlag hat eine Sammlung gewerkschaftspolitischer Erklärungen und Entschlüsse, angefangen vom Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, beschlossen 1963, bis zu der Erklärung des DGB-Bundesvorstandes an die Regierung Brandt/Scheel und der „Zielprojektion“ des DGB für die Jahre 1970 bis 1974, herausgegeben. Mit dieser Zusammenfassung kommt der Verlag den Wünschen der NACHRICHTEN-Leser entgegen, die für ihre gewerkschaftliche Tätigkeit die Beschlüsse des DGB und seiner Gewerkschaften zu den wichtigsten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit grillbereit zu Hand haben wollen.

Nicht zuletzt aber dient diese Sammlung dazu, die in den Dokumenten enthaltenen realistischen Analysen und Forderungen in der gewerkschaftlichen Diskussion lebendig zu halten und sie nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Nur so wird es möglich sein, die auf Konferenzen und Tagungen gefaßten Beschlüsse zur Grundlage gewerkschaftlicher Aktivität zu machen und die Arbeiter, Angestellten und Beamten über die Ziele der Gewerkschaften zu orientieren.

Die Broschüre kann jedem aktiven Gewerkschafter empfohlen werden, zumal die Wiederbeschaffung der einzelnen Dokumente über die Gewerkschaftsbüros erfahrungsgemäß mit Schwierigkeiten verbunden ist.

Der Verband der Rentenversicherungsträger rechnet für das Jahr 1970 mit einem Überschuß von 3 Milliarden DM. Damit würde die gesetzliche Rentenversicherung mit dem höchsten Überschuß seit 1945 abschließen, und seit 1966 liegen erstmals wieder die Ein-

nahmen über den Ausgaben. Zurückzuführen ist diese günstige finanzielle Entwicklung auf die anhaltende Vollbeschäftigung, die hohe Zahl ausländischer Arbeitnehmer, die durch die gewerkschaftliche Tarifpolitik gestiegenen Löhne und Gehälter, die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte und die seit Januar 1968 erfolgte stufenweise Erhöhung des Beitragssatzes für Arbeiter und Angestellte von 14 auf 17 Prozent.

DGB antwortet FDGB

Der DGB-Bundesvorstand hat am 7. September auf einer Sitzung in West-Berlin beschlossen, den FDGB zur Vorbereitung eines Spitzengesprächs zwischen beiden Gewerkschaftsbünden nach Düsseldorf einzuladen. Damit beantwortete der DGB ein bereits am 6. August vom FDGB erhaltenes Schreiben, in dem dieser betonte, daß im Interesse der Arbeiterklasse und des Friedens Gespräche zwischen führenden Repräsentanten des FDGB und des DGB zweckmäßig und notwendig sind.

Protest gegen Schließung des IMB-Büros in Brasilien:

Der Vorstand der IG Metall, deren Vorsitzender Otto Brenner Präsident des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) ist, hat am 19. August 1970 gegen die vom brasilianischen Staatspräsidenten Medici verfügte Schließung des IMB-Büros in Sao Paulo protestiert. Die IG Metall verlangt die Aufhebung dieser Maßnahme, die jeder freiheitlichen, demokratischen Ordnung entgegenstehe. Gleichzeitig hat die IG Metall den brasilianischen Metallgewerkschaften ihre Solidarität und „jede nur erdenkliche Unterstützung“ gegen Unterdrückung durch das Diktaturregime zugesagt.

Auch ohne die Steigerung des Beitragssatzes hätte die Rentenversicherung in den Jahren 1967 bis 1969 kein Defizit gehabt und wäre in der Lage gewesen, die von den Gewerkschaften geforderten Leistungsverbesserungen zu verwirklichen, wenn der Staat seine Verpflichtungen gegenüber der Rentenversicherung voll erfüllt hätte. Doch schon zur Zeit der Adenauerregierungen begann der Staat sich seinen Verpflichtungen gegenüber der Rentenversicherung zu entziehen.

Mit der 1957 durchgeführten Rentenreform wurde jede Erstattungszahlung zu den Altersrenten gestrichen. So ist der Anteil der Bundeszuschüsse an den Gesamtausgaben von 1957 bis 1970 von 30,9 auf nur noch 15 Prozent gesunken. Damit werden nicht einmal die in der Rentenversicherung anfallenden hohen Kriegsfolgelasten auch nur annähernd gedeckt, obwohl der Bund nach dem Grundgesetz verpflichtet ist, sie voll zu tragen.

Einer Regierung, die den Anspruch erhebt, eine Regierung der „inneren Reformen“ zu sein, hätte es gut zugestanden, statt im Etat 1971 2,1 Milliarden mehr für die Rüstung bereitzustellen, die Mittel im Sozialetat für die Sozialrentner zu erhöhen. Noch wäre eine solche Korrektur am Haushaltsentwurf für 1971 möglich.

Zu guter Letzt:

Weil u. a. der für seinen militanten Antikommunismus bekannte Präsident des USA-Gewerkschaftsbundes AFL/CIO, George Meany, immer wieder die mit der UNO zusammenarbeitende Internationale Arbeitsorganisation (IAO) in Genf als „Forum für kommunistische Propaganda“ kritisierte, hat Ende August der amerikanische Senat beschlossen, den lästigen Beitrag der USA für die IAO zu sperren.

Antikommunismus ist nicht nur ein politisches Konzept des internationalen Kapitalismus, er macht auch blind und krank im Geist.

nachrichten

Die NACHRICHTEN — Informationen und Kommentare zur Wirtschafts- und Sozialpolitik — erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH.

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lützkawa, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Patschick, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307;
Heinz Seeger, 793 Friedrichshafen, Erlenweg 3-9;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.
Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 40-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/Main; Postcheckkonto: Frankfurt 305540.

Einzelpreis 0,75 DM, vierteljährlich 2,25 DM, jährlich 9,— DM plus Zustellgebühr (1,80 DM);

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plambeck & Co., Neumünster